

Sitzung Nr. 4 vom 03. April 2018

<b>Vorsitz</b>	François Scheidegger, Stadtpräsident
<b>Anwesend</b>	Remo Bill Alexander Kaufmann Angela Kummer Daniel Hafner Robert Gerber Konrad Schleiss Reto Gasser Ivo von Büren Richard Aschberger Marc Willemin Fabian Affolter Matthias Meier-Moreno Peter Brotschi Nicole Hirt
<b>Anwesend von Amtes wegen</b>	Kurt Boner, Leiter SDOL Hubert Bläsi, Gesamtschulleiter Drazenka Dragila-Salis, Stadtbaumeisterin Per Just, Geschäftsleiter SWG Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt Luzia Meister, Stadtschreiberin Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Ratssekretärin, Stadtschreiberin-Stv. (Protokollführerin)
<b>Dauer der Sitzung</b>	17:00 Uhr - 20:40 Uhr

## **TRAKTANDEN** (2348 - 2364)

- 1 Protokoll der Sitzung Nr. 2 vom 27. Februar 2018
- 2 2348 Standortentwicklung Grenchen: Information zum Projekt „AVANTI“
- 3 2349 Bewilligung von Kreditüberschreitungen pro 2017
- 4 2350 Bewilligung von Kreditüberschreitungen für das Jahr 2017 Kreditkompetenz Gemeinderat

- 5 2351 Vorkindergarten: Antrag auf Weiterführung des Angebots
- 6 2352 Spezielle Förderung (SF): Kenntnisnahme Umsetzungsplanung Schulen Grenchen für das Schuljahr 2019/2020
- 7 2353 Schulhaus Kastels: Schulraumprovisorium / Kreditbewilligung
- 8 2354 Schulliegenschaften / Sek 1-Reform / Schulhaus IV / Projektergänzung / Brandschutzkontrolle / Massnahmen zur Erhaltung der Sicherheit / Kreditverwendung
- 9 2355 Überparteiliche Motion (CVP, FDP, SVP): Glassammlung: Beschluss über Erheblicherklärung
- 10 2356 Motion Matthias Meier-Moreno (CVP): Sofortmassnahmen Glassammlung: Beschluss über Erheblicherklärung
- 11 2357 Interpellation Alexander Kaufmann (SP): Ersatz Kinderskiflift Grenchenberg: Beantwortung
- 12 2358 GV-Motion Elias Meier: Statutenänderung der SWG für eine sichere, transparente und demokratische SWG: Antrag an GV
- 13 2359 Repla GB: Meinungsbildung für Delegiertenversammlung vom 26.04.2018 (Auflösungstraktandum)
- 14 2360 **VERTRAULICH / NICHT VERÖFFENTLICHEN**
- 15 2361 **VERTRAULICH / NICHT VERÖFFENTLICHEN**
- 16 2362 Motion Angela Kummer (SP): Informations- und Kommunikationskonzept für die Stadt: Einreichung
- 17 2363 Kleine Anfrage Richard Aschberger (SVP): Informationsfluss Flughafenkreisel: Einreichung
- 18 2364 Mitteilungen und Verschiedenes

- o -

### **Genehmigung Traktandenliste**

Traktandum 14 wird infolge Rückzug durch die SP von der Traktandenliste gestrichen.

- o -

Das Protokoll der Sitzung Nr. 2 vom 27. Februar 2018 wird mit folgender Korrektur genehmigt:

**GRB 2332**

**Gebührentarif der Stadtkanzlei und der Einwohnerkontrolle /  
Generelle Gebührenordnung:**

- **Klärung Geltungsbereich (ganze Stadtverwaltung) / Umbenennung**
- **Anpassungen / Ergänzungen der Gebührenpositionen**
- **Einheitliche Regelungen betr. Mahnungen, Inkasso**

Gemeinderat Robert Gerber verweist auf einen Fehler in der Beilage des Beschlusses. Auf der letzten Seite der Generellen Gebührenordnung müsste es richtigerweise heissen: *Die Änderungen vom 27. Februar 2018 (GRB Nr. 2332) traten am 1. März 2018 in Kraft.*

**Standortentwicklung Grenchen: Information zum Projekt „AVANTI“**

**1 Orientierung**

- 1.1 Thomas Gfeller, Projektleiter, begrüsst die Anwesenden, schildert kurz seinen Werdegang sowie seine Tätigkeiten und präsentiert anhand von Schaubildern das Projekt "Kompass Standortentwicklung" für die Stadt Grenchen (den GR-Mitgliedern wird ein Handout verteilt).
- 1.2 François Scheidegger dankt für die interessante Präsentation, freut sich auf das Projekt und wünscht ihm gutes Gelingen. Er hofft auf viel Input aus dem Gemeinderat.
- 1.3 Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von der Orientierung.

FV

0.2.1 / acs

## **Bewilligung von Kreditüberschreitungen pro 2017**

Vorlage: F+I/14.03.2018

### 1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Stadtpräsident François Scheidegger fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen. Vielleicht sollte man sich einmal seitens Kantonsrätinnen und Kantonsräte Gedanken zur Frage machen, ob die Quellensteuer eine Möglichkeit wäre, um die Verluste wenigstens in einem gewissen Rahmen zu halten.

### 2 Eintreten

- 2.1 Anstatt dass hier Kantonsrätinnen und Kantonsräte vorstellig werden sollten, würde es nach Auffassung von Gemeinderätin Nicole Hirt mehr Sinn machen, das Ganze über den VSEG aufzugleisen. Sie hat es persönlich schon einmal beim Finanzdirektor probiert und ist auf ziemlich taube Ohren gestossen. Vielleicht könnte der VSEG dort mehr Druck aufsetzen. Sie hat das Gefühl, dass dies ein Anliegen aller Solothurnischen Gemeinden ist, da sie annimmt, dass jede Gemeinde Steuerverluste hat.
- 2.2 Gemäss François Scheidegger haben alle das gleiche Problem. Aber der VSEG kann nicht mehr machen, als die Diskussion anzuregen. Letztlich braucht es eine Gesetzesänderung, die der Kantonsrat beschliessen muss.
- 2.3 Gemeinderat Peter Brotschi hat darüber schon vor einigen Jahren recherchiert und herausgefunden, dass der Kanton Neuenburg eine Standesinitiative vor ca. sieben Jahren für die Einführung der Quellensteuer auf Bundesebene eingegeben hat. Der Ständerat hat die Standesinitiative relativ knapp versenkt. Man hat das Problem auf Bundesebene, wenn die Leute viel umziehen oder in anderen Kantonen arbeiten. So ist es nicht so einfach, das auf Kantonsebene erledigen zu können.
- 2.4 François Scheidegger entgegnet, dass die Kantone das sehr wohl umsetzen können. Er kann sich schon vorstellen, dass schnell gesagt wird, dass es technisch gewisse Hürden gibt, aber man sollte einmal damit anfangen. Das wäre ein Thema, das man an die Hand nehmen könnte. Er will ohnehin nach der Gemeinderatssitzung vom 5. Juni 2018 mit den Kantonsrätinnen und Kantonsräten zusammensitzen, so dass man das dort besprechen könnte.
- 2.5 Gemäss Gemeinderat Richard Aschberger stand im Massnahmenpaket einmal im Raum, dass man die säumigen Steuerzahler vielleicht einmal vor die GRK laden würde. Hat man da etwas unternommen?

- 2.6 François Scheidegger antwortet, dass man das bis jetzt noch nicht gemacht hat. Das ist eine sehr heikle Geschichte. Früher konnte man Einblick ins Steuerregister nehmen. Das ist heute nicht mehr möglich. Früher konnte man die Namen der säumigen Steuerzahler öffentlich nennen. Auch das ist nicht mehr möglich. Man kann aber eine Liste mit allen Einwohnerinnen und Einwohnern herausgeben, die ihre Steuern zahlen und dann daraus gewisse Schlussfolgerungen ziehen. Er nimmt das auf, damit man sich das nochmals überlegen kann. Es sind relativ viele Personen und auf den ersten Blick tönt die Massnahme gut, aber die Praktikabilität ist nicht so einfach (Leute vorladen, viele werden doch nicht kommen etc.)
- 2.7 Gemäss Gemeinderat Daniel Hafner sind das Fragen, welche die SP auch sehr beschäftigen. So eine Geschichte ist weit weg von einem Kavaliersdelikt. Die Allgemeinheit, der öffentliche Raum und die Institutionen leiden. Der SP stellen sich zwei Fragen: Von wie vielen Personen redet man? Sind das einzelne, die viel nicht zahlen oder viele, die wenig nicht zahlen? Aus welchem Einkommenssegment stammen die Leute? Die Gedanken, die man sich bisher gemacht hat, liegen ihm auch nahe. Die Prangerfunktion ist Mittelalter, das geht nicht. Das haben andere Gemeinden schon probiert. Aber dass die säumigen Steuerzahlerinnen und -zahler wenigstens damit rechnen müssen, dass sie irgendwo einmal für ihr Verhalten gerade stehen müssen, das extrem schädigend an der Gemeinschaft ist, das wäre schon einen Gedanken wert. Vor allem würde es einmal eine Diskussion in Gang setzen. Dann würde thematisiert, dass in der Stadt z.B. 200 Leute auf das Steuerzahlen verzichten, was er als extremes Schmarotzertum empfindet. Er findet, dass dies ein Skandal ist und man hier etwas machen müsste. Wenn dann herauskäme, dass gewisse Leute dies einfach systematisch machen und nebenher noch ein gediegenes Leben führen, hätte er ein Problem damit. Dem könnte man Vorschub leisten, indem man es thematisiert, damit eine Diskussion angeregt wird und dann möglicherweise der eine oder andere eine gewisse Hemmschwelle bekommt.
- 2.8 Laut François Scheidegger muss man hier ein wenig aufpassen. Es gibt Leute, die die Steuern aus irgendwelchen Gründen nicht zahlen können. Es ist nicht immer einfach vorsätzlich. Es gibt Leute, die eingeschätzt werden, weil sie die Steuererklärung nicht ausfüllen. Und die Einschätzung ist immer etwas höher und nächstes Jahr noch höher und hat nichts mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu tun. Auch das ist nicht so einfach. Man könnte mit der Finanzverwaltung abklären, ob sie in einem Mengengerüst darstellen könnte, wie viele säumige Steuerzahlerinnen und -zahler man überhaupt hat und in welchen Einkommenskategorien sich diese Leute bewegen. Vielleicht könnte der Finanzverwalter bereits an der Rechnungs-GR-Sitzung die Zahlen präsentieren.

Eintreten wird beschlossen.

### 3 Detailberatung

- 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

### 4 Beschluss

- 4.1 Die Kreditüberschreitung von CHF 164'685.42 zu Lasten ER 2017 Konto 9100.3181.00 wird bewilligt.

4.2 Die Kreditüberschreitung von CHF 109'038.45 zu Lasten ER 2017 Konto 9900.3181.00 wird bewilligt.

**Vollzug:** FV

FV

9.2.1.2 / acs

**Bewilligung von Kreditüberschreitungen für das Jahr 2017 Kreditkompetenz Gemeinderat**

Vorlage: SDOL/15.03.2018

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Kurt Boner, Leiter SDOL, fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Die Kreditüberschreitung von CHF 765'110.31 zu Lasten ER 2017 Konto 5720.3632.01 wird bewilligt.

**Vollzug:** SDOL

SDOL  
FV

9.2.1.2 / acs

## Vorkindergarten: Antrag auf Weiterführung des Angebots

Vorlage: Schulen Grenchen/14.03.2018

### 1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Wie Gesamtschulleiter Hubert Bläsi ausführt, wird das vorliegende Anliegen flankiert von etlichen Stellungnahmen, die fast ausnahmslos eine markante Unterstützung des Vorkindergartens ins Feld führen. Weil man in der Stadt Kindergärten mit bis zu 80% fremdsprachigen Kindern aufweist, musste man bereits vor acht Jahren quasi handeln. In den vergangenen vier Jahren wurde das pädagogische Konzept überarbeitet und in Zusammenarbeit mit dem heilpädagogischen Dienst intensiviert. Mit der Institution Vorkindergarten kann man nebst den Kindern auch die Elternarbeit forcieren, respektive die Kontakte intensivieren. Gefördert werden die Kinder von einer Kindergärtnerin und einer Praktikantin. Diese haben im Rahmen der Schulbesuchswoche angeboten, dass man ihre Institution besuchen kann. Das Angebot wurde relativ mager genutzt. Vom Gemeinderat haben 6,66% die Institution besucht. Das ist nicht zu kritisieren. Höchstens dann, wenn man die Einrichtung nicht kennt und trotzdem eine ablehnende Haltung vorherrscht. Der Andrang für einen Vorkindergartenplatz hingegen war in den letzten Jahren ziemlich gross. Die Kinder wurden nach definierten Kriterien aufgenommen. In den Stellungnahmen wird vom Amt für soziale Sicherheit (ASO) die Segregation erwähnt. Diese skeptische Anregung nimmt man zur Kenntnis. Man vertritt die Haltung, jene Kinder und Familien zu berücksichtigen, bei denen am meisten Potenzial für eine positive Entwicklung geortet wird. Als Zielsetzung soll die Chancengleichheit hinsichtlich der Bildungschancen wie auch der Einstieg in die Schulwelt, also den Kindergarten, zum Vorteil aller Beteiligten gestärkt werden. Die Elternbeiträge wurden im letzten Jahr erhöht. Betragen sie 2016 noch CHF 11'000.00, waren es 2017 CHF 14'000.00 und für 2018 wird mit CHF 36'000.00 gerechnet. Bei den verbleibenden Kosten handelt es sich um eine Investition, die sich gemäss diversen Studien positiv auf die weitere Entwicklung auswirken wird und das in einem Alter, wo Entscheidendes aufgebaut wird. Er bittet den Rat, dem Beschlussesentwurf zuzustimmen und die Pilotphase in den Normalbetrieb zu überführen.

### 2 Eintreten

2.1 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno erklärt vorab, dass die CVP für Eintreten ist und dem Antrag zustimmen wird. Nach achtjähriger erfolgreicher Pilotphase ist es nun endgültig an der Zeit, den Vorkindergarten in den ordentlichen Betrieb zu überführen.

Die gemachten Erfahrungen zeigen einen klaren Nutzen und Wirksamkeit des Vorkindergartens auf, welcher sich besonders in sprachlicher, sozialer und kognitiver Fähigkeit der Kinder bemerkbar macht. Diese kommen gut gerüstet in den Kindergärten und später in die Schule, was eine Entlastung des Schulsystems bedeutet und weniger individuelle Förderung durch Lehrpersonen oder gar sonderpädagogische Massnahmen nötig macht, welche neben grossem administrativem Aufwand auch hohe Kosten verursachen. Selbstverständlich ist der Vorkindergarten nicht gratis zu haben und kostet die Stadt Grenchen eine grosse Stange Geld, dieses sieht die CVP-Fraktion aber als notwendige Investition in die Zukunft der Kinder der Stadt Grenchen. Denn je später man Bildungs- und Reparaturmassnahmen einsetzt, umso teurer werden diese, daher ist der präventive Ansatz des Vorkindergartens genau das richtige Mittel und führt zu Chancengleichheit! Eine kritische Anmerkung zum Schluss: In der Stellungsname von Claudia Hänzi vom Amt für soziale Sicherheit wird die Segregation, die im Vorkindergarten vorherrscht, angeprangert. Vermutlich gibt es trotz allem Positiven auch noch Verbesserungspotenzial, sprich Hausaufgaben zu lösen.

- 2.2 Gemäss Vize-Stadtpräsident Remo Bill steht im Businessplan der Stadt Grenchen vom Mai 2012 unter anderem, dass für den Wirtschafts- und Wohnstandort ein hochstehendes Bildungsangebot eminent wichtig ist. Das tönt gut, nicht wahr? Dank der Anschubfinanzierung von Bund und Kanton in den Jahren 2011 bis 2014 konnte das Projekt Vorkindergarten auf die Beine gestellt werden. Die Kosten- und Finanzierungsübersicht von 2011 bis 2018 zeigt, dass sorgsam mit den Mittel umgegangen wurde. Seit 2015 wurden auch die Elternbeiträge um das Vierfache erhöht. In den vergangenen acht Jahren ist die Stadt Grenchen durch die Aufbauarbeit des Vorkindergartens auch zu einer Vernetzung des bisherigen Angebots wie Spielgruppen oder Kindertagesstätten gekommen. Es wurde unter der Leitung von Maya Karlen, Leiterin Schulverwaltung, engagierte und fundierte fachliche Aufbauarbeit geleistet. Sie verstand es, Fachwissen abzuholen und Geldquellen zu nutzen, er denkt an die Jakobs Foundation und primokids. Das Konzept der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung ist für Grenchen der wertvolle Output davon. Er hat im Rahmen der offenen Tage der Volksschule im März 2018 das Bildungsangebot Vorkindergarten besucht und kann sagen, es ist eine wertvolle Lösung. Es reicht nicht ein hochstehendes Bildungsangebot nur im Businessplan als eminent wichtig zu bezeichnen. Man muss auch konkret etwas dafür tun, das Hand und Fuss hat. Die SP Grenchen ist überzeugt von der Investition in die frühkindliche Förderung und unterstützt den Antrag zur Weiterführung des Vorkindergartens.
- 2.3 Gemäss Gemeinderat Richard Aschberger sind weitere vier Jahre ins Land gezogen, nachdem der Pilotbetrieb auf Antrag der SVP damals weitergeführt wurde. Die SVP hat damals gefordert, dass man dem Gemeinderat nach Möglichkeit genauere Daten und Fakten liefert, wie sich Programm entwickelt und ob man beispielsweise bei den Quoten für Schulübertritte an höhere Stufen eine geringere Anfälligkeit für zusätzliche Unterstützung nachprüfen kann, da man dann Erfahrungen von total fast acht Jahren hat. Mit der Vorlage ist die SVP nicht einverstanden. Ihr fehlen die griffigen und effektiven Aspekte des fakultativen Angebots. Seit vielen Jahren hört man ständig nur, was man mit einem eingesetzten Franken in Zukunft sparen kann. Interessanterweise wird von der Verwaltung selbst die hypothetische Einsparung nun massiv zurückgeschraubt, nämlich um knapp 50 Prozent. Vor vier Jahre wurde davon ausgegangen, dass man pro Franken Investition sieben bis acht Franken zukünftig einsparen kann. Vier Jahre später liest man in der Vorlage von drei bis vier Franken. Wenn man

nochmals vier Jahre wartet, sind es vielleicht noch rund zwei Franken und danach gar nichts mehr. Die Mehrheit der Fraktion ist auch nicht bereit, die Kosten aufgrund von Annahmen weiter zu tragen. Die SVP sieht auch weiterhin ein hohes und nicht weg-zudiskutierendes Risiko, dass Grenchen noch mehr an Attraktivität gewinnt für Personengruppe, die man hier eigentlich vermeiden möchte. Übermässig viel und billiger Wohnraum hat man schon zur Genüge. Wenn man für alles und jeden solche Spezialprogramme anbietet, dann ist auch klar, wen man weiter anzieht. Kleine Gemeinden bieten das gar nicht an. Die Stadt Grenchen tut das schon. Wie es in den Unterlagen heisst, ist das ein freiwilliges Programm. Nicht einmal der Kanton schreibt so etwas vor. Nun will man also ein Programm vom Pilotversuch in den ordentlichen Betrieb überführen - Subvention gibt es auch keine - ein Programm, das explizit und speziell auf „*bildungsferne Familien und Familien mit Migrationshintergrund abzielt*“. Damit ist die SVP nicht einverstanden und wird die Vorlage dementsprechend ablehnen. Sie gibt auch zu bedenken, dass ein Programm so gut wie nie mehr gestrichen wird, wenn es einmal eingeführt ist. Grenchen wird wohl bis in alle Ewigkeit die Zusatzaufwendungen im 6-stellige Bereich zu tragen haben. Insbesondere ist auch im Auge zu behalten, was passiert, wenn man Mehrbedarf hat. Man kann dann nicht sagen, dass man nur eine gewisse Anzahl Plätze hat und nichts machen, d.h. das Angebot müsste laufend ausgebaut werden. Damit ist die SVP nicht einverstanden.

- 2.4 Wie Gemeinderätin Nicole Hirt ausführt, ist die FDP-glp-Fraktion für Eintreten und wird dem Antrag zustimmen. Pro investierten Franken in die Frühförderung kommen fast drei bis vier Franken zurück. Früher war von sieben bis acht Franken die Rede. Das spielt eigentlich keine Rolle. Denn sobald mehr als ein Franken zurückkommt, ist das schon ziemlich wertvoll. Deshalb wird die Fraktion das Projekt sicher unterstützen. Es geht hier nicht nur um Leute mit Migrationshintergrund, sondern auch um Sozialbenachteiligte, die nicht in der Lage sind, ihre Kinder so zu erziehen, wie es für eine gesunde Entwicklung für das Kind gut wäre. Die Fraktion möchte noch wissen, was die Kriterien für die Aufnahme sind und wer sie festlegt (Stichwort Chancengleichheit). Claudia Hänzi, vom ASO, fände eine gute Durchmischung wünschenswert, nicht dass es am Schluss ganze Klassen mit Fremdsprachigen gäbe. Ganze Gruppierungen mit Fremdsprachigen wären dem Ziel nicht förderlich. Es ist erwiesen, dass nur eine gute Durchmischung auch das gewünschte Resultat erzielt.
- 2.5 Gemeinderat Ivo von Büren ist relativ lang im Gemeinderat dabei. Seit Jahren wird ihm erzählt, dass man mit solchen Projekten Geld in der Zukunft sparen könne und jetzt in die Zukunft investieren müsse. Fakt ist aber, dass es alle Jahre nur teurer wird. Man lädt sich immer mehr solche Projekte auf und zahlt das auch noch. Die Aussage, dass es billiger werde, ist nicht eingetroffen. Er bekundet Mühe damit. Er kommt sich ein wenig „hintergangen“ vor. Irgendetwas stimmt hier einfach nicht. Die Stadt Grenchen ist im Sparmodus, man hat kein Geld. Überall wird gespart, man überlegt sich sogar, den 1. August vielleicht abzuschaffen oder kein Feuerwerk zu veranstalten. Für die Schweizer hat man kein Geld. Aber für solche Projekte zahlt man. Das gibt ihm schon zu denken. Das Angebot ist freiwillig. Die Stadt ist nicht verpflichtet, so etwas anzubieten. Es wurde vorhin erwähnt, wieviel Maya Karlen zu diesem Projekt beigetragen hat, aber die Zeit und die Kosten, die sie in das Projekt investiert hat, sind hier nicht aufgeführt. Er ist überzeugt, dass das Projekt die Stadt viel mehr kostet, als man den Gemeinderat glauben machen will.

- 2.6 Macht es, so Gemeinderat Peter Brotschi, nicht Sinn, gesetzt den Fall, dass der Vorkindergarten im Normalbetrieb weitergeführt wird, das Angebot in vier bis fünf Jahren doch wieder vor den Gemeinderat zu bringen. Vielleicht muss man ja nicht immer davon ausgehen, dass so viele fremdsprachige Kinder da sind, sondern dass sich dies einmal abschwächt und andere Kinder nachfolgen, die nicht so grosse Defizite in der Sprache und im sozialen Umgang haben. Man sollte regelmässig prüfen, ob das Angebot als solches noch nötig ist, damit es jetzt nicht quasi auf immer und ewig in Grenchen so einmeisselt ist. Ist irgendwo zahlenmässig hinterlegt, wie sich die Gruppen zusammensetzen? Sind das fremdsprachige Kinder aus der Schweiz (Romandie, Tessin), von EU-Bürgern, aus Drittstaaten oder von Asylbewerbern? Er möchte die Zusammenstellung gerne einmal sehen.
- 2.7 Gemeinderat Reto Gasser schliesst sich grundsätzlich Peter Brotschi an, dass man es ab und zu evaluieren und nicht auf immer und ewig beschliessen sollte. Richard Aschberger hat erwähnt, dass dies wieder Leute anziehe, die man nicht unbedingt möchte. Wenn Leute nach Grenchen kämen, weil es einen Vorkindergarten gibt, wären das zumindest solche, die an einer Integration interessiert wären. Die desinteressierten Leute nutzen das Angebot des Vorkindergartens nicht, auch wenn sie hier wohnen. Der Vergleich zwischen 1. August / Feuerwerk und Vorkindergarten hinkt.
- 2.8. Nicole Hirt bezieht sich auf Ziff. 2.18 der Vorlage, wo steht, dass *„sich dieser Nutzen aus dem 8-jährigen Pilotprojekt noch nicht ausweisen lässt, zumal keine wissenschaftliche Begleitung erfolgt.“* Es muss ja nicht gerade eine wissenschaftliche Begleitung sein, aber mindestens ein Monitoring darüber, was mit den Kindern, die je in den Vorkindergarten gegangen sind, passiert ist und wie sie sich entwickelt haben, damit man in vier oder acht Jahren wieder evaluieren kann, ob es wirklich gewinnbringend war. Heute weiss man das nicht. Man geht einfach davon aus, dass es so ist. Sie wäre daran interessiert, dass man die Kinder, die dort waren, verfolgt und aufzeigt, was sie für eine Entwicklung durchgemacht haben.
- 2.9 Gemeinderat Marc Willemin stellt den Antrag, das Pilotprojekt weitere vier Jahre laufen zu lassen. Es gibt viele Fragen, die man noch beantwortet haben möchte. Es wäre keine schlechte Idee, das nochmals vier weitere Jahre laufen zu lassen. Dann könnte man dann wieder darüber reden. Man vergibt sich nichts damit.
- 2.10 Gemeinderätin Angela Kummer ist erstaunt. Sie findet bereits acht Jahre für einen Pilot extrem lang. Das war schon ein Witz. Es ist ein grosser Unterschied zwischen weiteren vier Jahren Pilotphase oder einer Evaluation. Der Gemeinderat muss generell bei allen Projekten in der Stadt genau hinschauen (vgl. Controllingberichte Offene Jugendarbeit Lindenhaus).
- 2.11 Hubert Bläsi nimmt zu den Fragen wie folgt Stellung:
- Investitionen/Einsparungen: In der Vorlage der Schulen Grenchen vom 25. Januar 2014 wurden folgende Kosten einander gegenüber gestellt:
    - *Die Kosten für den Vorkindergarten entsprechen Investitionen pro teilnehmendes Kind von CHF 2'283.00/Jahr, pro Monat CHF 190.00.*
    - *Die Kosten für zusätzliche Schuljahre (Repetition) belaufen sich pro Kind jährlich auf ca. CHF 9'000.00, also CHF. 750.00 pro Monat.*
    - *Ein Schulabgänger ohne Anschlusslösung kostet bei der Betreuung durch das RAV (Step4 Basic Plus) pro Monat CHF 2'177.00. Im Durchschnitt sind Teilnehmer/-innen 5 Monate im Programm: CHF 10'889.00.*
    - *Die Kosten für eine Fremdplatzierung eines Kindes in einem Heim belaufen sich für die Gemeinde auf CHF 2'000.00 pro Monat.*

Das Messgerät gibt es wirklich noch nicht. Hier macht man eine Investition in der Hoffnung, dass acht Franken herauskommen, aber wenn es auch nur drei Franken sind, ist man auch schon zufrieden.

- Ständige Erhöhung und Kriterien für Aufnahme: Die Plätze sind limitiert, damit man nur eine Kindergärtnerin und eine Praktikantin braucht. Wenn man erhöht, braucht es mehr Personal und es gibt höhere Kosten. Durch die Limite hat man die Problematik, dass man Leute mit ihren Kindern abweisen muss. Die Kriterien sind genau festgelegt. Wenn ein Kind beispielsweise in einer Spielgruppe ist, hat es kein Recht auf einen Platz. Es muss die Problematik der Fremdsprachigkeit oder eine Problematik in Bezug auf das soziale Umfeld sein. Man holt auch die Eltern und nicht nur die Kinder in die Struktur.
- Segregation: Das ist etwas, dass man sich überlegen kann. Wenn man limitierte Plätze hat, muss man die Kinder nach der Schwere der Fälle einteilen. Wenn es Kinder mit starken Defizite gibt, dann kommen zuerst diese dran. Erst dann kommen solche mit marginalen Defiziten.
- Aussage, man fühle sich „hintergangen“: Er hofft nicht, dass das so ist, Man wollte niemanden hintergehen, sondern offen und transparent kommunizieren und auch darlegen. Im Reporting der Schulen ist der Vorkindergarten auch immer erwähnt. Er vermutet aber, dass dort die Nationalitäten nicht differenziert sind. Man kann das als Idee so mitnehmen. Man hat immer mehr komplexere Situationen in den Familien. Das kann man glauben oder nicht. Er kann dem Gemeinderat versichern, dass das so ist. Deshalb ist so ein Mittel wie der Vorkindergarten einfach Gold wert.
- Monitoring: Man kann in seinen Augen ein Monitoring nach vier Jahren machen. Man hat ja die Daten und kann das in einer Zusammenfassung darlegen. Hier sieht er persönlich keine Hemmschwellen.
- Strukturelle Zusammensetzung der Kinder: Es gibt keine Erhebungen. Man nimmt im Vorkindergarten die ganze Palette wahr, d.h. vom ganz schwierigen Kind bis hin zum ganz „goldigen“ Kind. Die können voneinander profitieren. Sie haben Deutsch als Standardsprache.
- Zuständigkeit für die Aufnahme und Chancengleichheit: Über allfällige abschlägige Bescheide entscheidet die Schulverwaltung (Leiterin Schulverwaltung), welche die Koordinationsstelle ist. Es gab schon Kollisionen. Aber in Gesprächen konnte man es den Leuten erklären und sie haben es verstanden oder „geschluckt“. Eine Chancengleichheit kann nicht komplett hergestellt werden, weil nach Ausschöpfung des Volumens keine Kinder mehr aufgenommen werden können.

2.11 Peter Brotschi schlägt als Kompromiss folgenden Antrag vor: *„Das Angebot Vorkindergarten wird im Normalbetrieb bis Ende Schuljahr 2021/22 weitergeführt.“* Das wäre eine Befristung. Dann kann der neue Gemeinderat, der 2021 gewählt wird, im Frühling 2012 wieder über das Angebot befinden.

2.12 Marc Willemin zieht seinen Antrag zurück. Es hat einfach einen anderen Namen, aber der Sinn bleibt gleich.

- 2.13 Daniel Hafner möchte wissen, was eine Befristung auf vier Jahre für die Lehrkraft bedeutet. Wenn er eine Stelle in Aussicht hätte, von der er wüsste, dass sie auf vier Jahre befristet ist, würde er sich überlegen, ob er sie antreten möchte. Hat die Befristung einen Einfluss auf die Qualifikation der entsprechenden Lehrperson?
- 2.13.1 Hubert Bläsi meint, dass diese Frage den psychologischen Bereich betrifft. Es hängt vom Typ Mensch ab, ob er besser oder schlechter mit einer Befristung bzw. mit der Gefahr, dass es kippt, umgehen kann. Das kann er auf die Person nicht beantworten.
- 2.13.2 François Scheidegger denkt, dass es tendenziell schwieriger ist, Leute zu finden, die sich für eine befristete Stelle bewerben.
- 2.13.3 Hubert Bläsi betont, dass die jetzige Kindergärtnerin, die im Vorkindergarten tätig ist, weitermachen wird. Sie schwitzt jetzt, ob es weitergeht.
- 2.14 Wenn man, so Richard Aschberger, den Vorkindergarten in einem Pilotbetrieb laufen lässt und sieht, dass man zusätzliche Plätze braucht, muss die Erhöhung in den Gemeinderat kommen. Wenn man ihn im Normalbetrieb laufen lässt, dann kann man automatisch Plätze erhöhen, weil es unterhalb der Schwelle ist.
- 2.14.1 Nach Auffassung von François Scheidegger ist eine Erhöhung von Plätzen auf alle Fälle budgetrelevant. Wenn man kein Geld hat, kann man es nicht bewerkstelligen und die Limitierung bleibt.
- 2.14.1 Nach Ansicht von Angela Kummer müsste die Erhöhung von Plätzen wieder in den Gemeinderat kommen. Man hat jetzt die 50 Plätze. Wenn man die Chancengleichheit anstreben und noch mehr Kinder aufnehmen möchte, müsste man einen komplett neuen bzw. zweiten Betrieb einrichten. Dann wäre es ohnehin eine Frage des Geldes und müsste im Gemeinderat behandelt werden.
- 2.15 Gemeinderat Alexander Kaufmann erklärt, dass die SP-Fraktion hinter den Anträgen steht und gemäss Vorlage fahren möchte. Das Monitoring nach vier Jahre findet er gut und könnte ja dazu sagen. Man muss schon sehen, dass Grenchen die grösste Schule im Kanton ist. So ein Gefäss wie der Vorkindergarten muss die Stadt Grenchen von der Gesellschaftsstruktur her fast haben. Er weiss, nicht, was die anderen hier träumen. Nach vier Jahre kann man gerne schauen, ob es sich verändert und man eine andere Gesellschaftsstruktur hat. Er bittet den Rat, wie in der Vorlage vorzugehen mit dem Zusatz des Monitorings nach vier Jahren.
- 2.16 Gemeinderat Konrad Schleiss ist wie Alexander Kaufmann für ein Monitoring und gegen eine Befristung, die für ihn ein zu harter Vorgang ist. Wenn man durch das Monitoring sieht, dass die Massnahme nicht zum avisierten Ziel führt, wird das automatisch zu einem Ausläufer. Wenn das Monitoring zeigt, dass es nichts bringt, muss man die Konsequenzen ziehen und das Projekt einstellen. Eine Befristung ist für ihn ein zu hoher Unmut und eine zu kritische Betrachtung. Für ihn kommen aus humanitären Gründen auch keine Experimente (wie beispielsweise in Amerika durchgeführt würden) in Frage, wo man zwei Kindergruppen bildet und die eine fördert und die andere nicht. Man muss irgendwo an das Gute im Ganzen glauben und vorwärts gehen. Wenn man in vier, fünf Jahren sieht, dass es nichts bringt, muss man den Mut haben, stopp zu sagen. Heutige Fachleute bestätigen ja, dass es gut ist und es sich lohnt. Man sollte ein Monitoring durchführen und den Betrieb laufen lassen.
- 2.17 Wenn das Monitoring, so Stadtpräsident François Scheidegger, zeigen würde, dass es keinen Sinn macht, kann er sich nicht vorstellen, dass das Projekt weitergeführt würde.

- 2.18 Peter Brotschi ist bereit, seinen Antrag anzupassen. Es ist jetzt in den Materialien drin, dass das Monitoring so verstanden ist und wirklich eine Überprüfung gemacht wird resp. das Angebot nicht weitergeführt würde, wenn sich die Zahlen anders entwickeln.

Eintreten wird mit 11 : 4 Stimmen beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Ivo von Büren bezieht sich Seite 3, Ziff. 2.14. „Kosten und Finanzierung 2011 - 2017“. Er möchte, dass beim Monitoring für den Aufwand der Schulverwaltung (Leitung des Projekts) eine Zeile mehr aufgenommen wird.

3.2 *Ziff 4.1. wird mit 11 : 4 Stimmen gutgeheissen.*

3.3 *Ziff 4.2. wird mit 13 : 2 Stimmen gutgeheissen.*

Es ergeht folgender

4 Beschluss

- 4.1 Das Angebot Vorkindergarten wird nach dem 8-jährigen Pilotbetrieb ab August 2018 im Normalbetrieb weitergeführt.

4.2 Nach vier Jahren ist zuhanden des Gemeinderates ein Monitoring durchzuführen.

**Vollzug:** SV

GLSG  
SV  
PA  
FV

5.8.8 / acs

## **Spezielle Förderung (SF): Kenntnisnahme Umsetzungsplanung Schulen Grenchen für das Schuljahr 2019/2020**

Vorlage: GLSG/20.03.2018

### 1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Laut Gesamtschulleiter Hubert Bläsi wurde dem Geschäft der Speziellen Förderung letzte Woche im Kantonsrat in der Schlussabstimmung mit 75 zu 18 Stimmen - bei keiner Enthaltung - zugestimmt. Damit ist auch die Vorbemerkung in der Vorlage als obsolet zu erklären. Diskussionen resp. Anträge gab es nebst Wortwahlvarianten wie, ob z.B. 'behindert' oder 'beeinträchtigt' adäquat sei, vor allem bei den Wahlmöglichkeiten für separative Formen und der Finanzierung von Schülerinnen und Schülern (SuS), die unter den Paragraphen 37 fallen. Beim Paragraph 37 wird bekanntlich die Übernahme der Kosten durch den Kanton postuliert. Dieser will sich eine 4-jährige Übergangszeit (mit der Möglichkeit auf eine Verlängerung von weiteren 4 Jahren – allerdings per Kantonsratsentscheid) ausbedingen. Das, weil es für den Kanton um ein Gesamtvolumen von zirka 20 Mio. geht und man sich eine Aufgabenentflechtung zum Ziel setzt. Für die Stadt Grenchen ist es wichtig, dass die Massnahme möglichst rasch umgesetzt werden kann.

Zurück zur Vorlage: Man zeigt damit auf, was die vorgesehenen Schritte für die Schulen Grenchen bedeuten und an welchen Zeitplan man sich halten will. Aus finanzieller Sicht wird erkennbar, dass die Kosten in etwa in der Balance sind. Die Berechnungen beziehen sich dabei auf eine gleichbleibende Schülerzahl. Eventuelle Mehrkosten würden also nicht durch den Systemwechsel, sondern durch erhöhte Kinderzahlen entstehen. Was man ergänzend ins Auge fasst, ist die Begabtenförderung. Das bis anhin relativ brachliegende Feld möchte man mit einem Angebot bereichern. Wenn man sich vertiefter mit der Materie der Speziellen Förderung beschäftigt, erkennt man rasch, wie komplex sich die ganze Systemumstellung gestaltet. In diesem Sinne bedankt er sich beim fordernden Projekt für eine konstruktiv kritische wie auch von einer positiven Grundhaltung geprägte Begleitung.

### 2 Eintreten

- 2.1 Der Kantonsrat, so Gemeinderätin Angela Kummer, hat letzten Mittwoch der Umsetzung der speziellen Förderung klar zugestimmt und es kommt nicht zu einer Urnenabstimmung. Nun kann sich Grenchen auf den Weg machen und die spezielle Förderung Schritt für Schritt umsetzen. Der Zeitplan für die Umsetzung ist klar definiert.

Die Schulen Grenchen haben aber schon viel Vorarbeit geleistet und können auf einige Jahre Erfahrung auf der Kindergartenstufe und auf der Primarstufe zumindest im Bereich der Förderstufe A zählen. Trotzdem gibt es noch viel zu tun. Es bestehen unter gewissen Lehrpersonen und Eltern Unsicherheiten, welche Auswirkungen die Auflösung der Einführungs- und Kleinklassen haben werden. Dabei sind die Haltung der Lehrpersonen sowie eine offene Informationspolitik äusserst wichtig! Hier werden hoffentlich die entsprechenden Weiterbildungskurse, aber auch die Teamarbeit in den Schulkreisen sowie eine offene Information an die Eltern Hilfe leisten. Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag der Geschäftsleitung der Schulen Grenchen, den Lektionenpool Heilpädagogik auf 28 Lektionen pro 100 SuS zu erhöhen. Angegangen werden muss auch die Finanzierungsentflechtung zwischen Kanton und Gemeinden. Dabei hofft die SP, dass es für Grenchen zu einer finanziellen Entlastung führen wird. Auch gespannt ist sie auf die Vorschläge der Geschäftsleitung Schulen Grenchen, wie sie die Begabtenförderung umsetzen will. Die SP ist für Eintreten und bewilligt die Anträge gemäss Vorlage.

- 2.2 Gemeinderat Richard Aschberger erklärt, dass die SVP-Fraktion immer schon gegen die Spezielle Förderung war und auch aktuell noch ist. Sie hat im Kantonsrat letzte Woche alles probiert, um mehr Spielraum für Grenchen herauszuholen, und ist damit gescheitert. Auch in der Schlussabstimmung ist sie gescheitert, nur ein Teil der gip und EDU hat ihr geholfen. Es kommt dementsprechend auch nicht zu einem Volksentscheid. Man konnte keine erzwingen. Es bleibt ihr daher nur die Funktion des einsamen Rufers in der Wüste. Gewaltige Kosten wie schon bei der SEK I-Reform werden auf die Stadt zukommen. Auch die Schulraumplanung wird davon weiter tangiert sein. All dies sind die Konsequenzen der jahre- und jahrzehntelangen Reformitis, die in der Schulen durchgeführt wird. Die SVP wird die auf Seite 4 formulierten Anträge geschlossen ablehnen. Er hat noch eine Frage: Kann man, wenn man Vergleiche mit dem früheren System (z.B. auf 5 Jahre zurückgeht) anstellt, sagen, wie die Entwicklung der Kosten pro Schüler ist? Die SVP zweifelt sehr stark daran, dass es künftig günstiger pro Schüler wird.
- 2.3 Laut Hubert Bläsi wurde auf Seite 3 der Vorlage so gut wie möglich eine Tabelle gestaltet, welche die nächsten Jahre abbildet. Es wurde mit gleich viel Schülerinnen und Schülern gerechnet, d.h. dort wo die Klassen aufgehoben werden, steht Null. Diese Kosten fallen weg. Dort, wo man die Ersatzlektionen aus dem Pool hat, werden die Ressourcen, die einem nachher zur Verfügung stehen, neu eingesetzt. Wenn er das mit dem Preis rechnet, der seitens Kanton vorgesehen ist, fällt man im Vergleich zum jetzigen Stand mit CHF 1,98 Mio. im nächsten Schuljahr auf CHF 1.75 Mio. und im übernächsten Schuljahr auf CHF 1.735 Mio. runter. Wenn die Schülerzahlen gleichbleiben, sollte es tendenziell mit dem neuen System pro Schüler etwas günstiger kommen.
- 2.4 Rein vom System her, so Stadtpräsident François Scheidegger, ist eigentlich logisch, dass es günstiger werden müsste. Das wurde der Stadt Grenchen von gewissen Stellen auch immer wieder um die Ohren geschlagen, wenn es jeweils hiess, dass das Grenchner System erst noch teurer als die integrative Beschulung sei.
- Eintreten wird beschlossen.

### 3 Detailberatung

- 3.1 Gemeinderätin Nicole Hirt äussert sich als glp-Einzelsprecherin. Sie sagt schon seit Jahren, dass sie gar kein Fan der Speziellen Förderung ist. Als Konsequenz muss sie das alles jetzt ablehnen. Das ist klar. Ihr geht es in erster Linie gar nicht um die finanziellen Auswirkungen - sie ist überzeugt, dass das System teurer sein wird - sondern ihr geht es mehr darum, dass sie befürchtet, dass die Qualität der Bildung mit Spezieller Förderung, mit Integration abnimmt. Das ist ihre Befürchtung und ist es immer schon gewesen. Aus diesem Grund wird sie die Anträge ablehnen.
- 3.2 Gemeinderat Peter Brotschi schliesst sich dem Votum von Nicole Hirt an. Er wird die Anträge aber nicht ablehnen, sondern sich enthalten.

Es ergeht mit 9 : 5 Stimmen, bei 1 Enthaltung, folgender

### 4 Beschluss

- 4.1 Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von der Änderung des Volksschulgesetzes und stimmt der Umstellung in Grenchen ab August 2019 zu.
- 4.2 Der Gemeinderat bewilligt die vom Kanton vorgeschriebenen zusätzlichen Lektionen gemäss Ziffer 2.5 im Schuljahr 2018/2019 (für das obligatorische Angebot der Förderstufe A in der Primarstufe). Damit diese Förderung weiterhin stattfinden kann.
- 4.3 Der Gemeinderat bewilligt ab dem Schuljahr 2018/19 den Umfang von 28 Lektionen pro 100 SuS für die Spezielle Förderung in der Primarstufe und den Umfang von 25 Lektionen pro 100 SuS in der Sekundarstufe I.
- 4.4 Der Gemeinderat erteilt der Geschäftsleitung den Auftrag, die Umsetzungsplanung an die Hand zu nehmen.

**Vollzug:** GLSG

GLSG  
FV  
PA

2.6.5 / acs

## **Schulhaus Kastels: Schulraumprovisorium / Kreditbewilligung**

Vorlage: BAPLUKB 26/05.03.2018

### 1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Stadtbaumeisterin Drazenka Dragila-Salis fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.
- 1.2 Gesamtschulleiter Hubert Bläsi ist froh, wenn es ein Provisorium und nicht Providurium gibt. Die Prozesse sind relativ langatmig. Man kann nicht länger warten, denn der Bedarf im Kastels ist eindeutig ausgewiesen. Man ist darauf angewiesen, dass der Raum vorhanden ist, um die Kinder zu beschulen.

### 2 Eintreten

- 2.1 Wenn in der Stadt Grenchen, so Gemeinderat Matthias Meier-Moreno, die Einwohnerzahl steigt, steigt automatisch auch die Kinderzahl, was unweigerlich einen Einfluss auf den Schulraum hat. Die CVP sieht die Problematik und steht daher hinter der provisorischen Lösung mit den Schulcontainern. Geht er richtig in der Annahme, dass in den folgenden vier Jahren die Schulraumplanung im Kastels in die Tat umgesetzt und aus dem Provisorium kein Providurium wird?! Die CVP-Fraktion ist für Eintreten.
- 2.2 Gemäss Gemeinderat Alexander Kaufmann macht das Erstellen eines Schulhausprovisoriums in speziellem Modulbausystem in Anbetracht der geplanten Ausbautätigkeit im Schulhaus Kastels Sinn. Der Schulraumbedarf auf die nächsten Jahre zwingen die Schulen zum Handeln. Die vier Jahre Mietdauer des Provisoriums ist relativ lang, jedoch nötig, damit die Planungs-, Bewilligungs- und Umsetzungsarbeiten seriös ausgeführt werden können. Die Umnutzung der bestehenden Turnhalle mit neuen Schulräumen und einer geplanten, neuen Doppeltturnhalle östlich der Schulanlage sollte zwingend als Architektur-Wettbewerb ausgeschrieben werden. So besteht die Garantie, dass die gut erhaltene, architektonische Qualität aufrecht erhalten bleibt. Die SP-Fraktion unterstützt die Vorlage und stimmt dem Ausführungskredit für das Schulhausprovisorium gemäss Beschluss BAPLUK zu.
- 2.3 Wie Gemeinderat Ivo von Büren ausführt, ist die SVP-Fraktion für Eintreten. Im Moment ist der Modulbau mit Mietdauer von fünf Jahren die günstigste Lösung. Sie stimmt dem zu in der Hoffnung, dass man in fünf Jahren nichts mehr bauen muss, weil die Schülerzahl abgenommen hat.

- 2.4 Gemeinderat Konrad Schleiss erklärt, dass die FDP-glp-Fraktion das Vorhaben unterstützt aber ganz klar unter der Bedingung, dass man mit der Planung vom effektiven Schulraum vorwärts macht und das in ein fertiges Schulhaus überführt, damit der Container in fünf Jahren sicher abgeräumt ist. Das Abbauen ist Bestandteil des Preises, so dass man am Schluss nicht noch für das Abreissen zahlen muss. Die neue Doppelturnhalle mit dem zusätzlichen Schulraum muss aber vorher gebaut werden, sonst kann man nicht abreissen. Der Gedanke, dass die Kinderzahl bei stark steigenden Einwohnerzahlen abnimmt, ist eher unrealistisch.
- 2.5 Für Drazenka Dragila-Salis ist es machbar, dass es kein Providurium gibt, nachdem der Gemeinderat die Stelle Projektleiter Bauherrenvertretung genehmigt hat. Sie hofft, dass die Person auch demnächst rekrutiert werden kann. Der ersten Auftrag, den diese Person in die Hände bekommt, wird sein, sich das Projekts anzunehmen (Verifikation Schulraumplanung Stand Ende 2016, Abtasten der Bedürfnisse, Planung Wettbewerb etc.).

Eintreten wird beschlossen.

### 3 Detailberatung

- 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

### 4 Beschluss

- 4.1 Der Ausführungskredit für eine Mietdauer von 5 Jahren von CHF 302'000.00 inkl. MWSt zu Lasten Budget IR, Rubrik 2170.5040.xx wird bewilligt.

**Vollzug:** BD

BAPLUK  
BD  
FV  
GLSG  
SL Kastels  
AIS

2.7 / acs

## **Schulliegenschaften / Sek 1-Reform / Schulhaus IV / Projektergänzung / Brandschutzkontrolle / Massnahmen zur Erhaltung der Sicherheit / Kreditverwendung**

Vorlage: BAPLUKB 24/05.03.2018

### 1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Stadtbaumeisterin Drazenka Dragila-Salis fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.
- 1.2 Auch wenn es ein Imperativ ist, so Stadtpräsident François Scheidegger, wäre der Wunsch, dass man es mit den Schulen und dem Sicherheitsbeauftragten anschauen sollte. Er würde anregen, dass man auch die Situation mit den Eingangstüren im Schulhaus IV genauer unter die Lupe nimmt. Er ist nicht Fachmann, aber dort stimmt etwas mit den Flügeltüren im Windfang nicht.

### 2 Eintreten

- 2.1 Gemeinderat Marc Willemin erklärt, dass die SVP-Fraktion die Vorlage anschaut hat. Sie hat sich die Frage gestellt, warum man erst jetzt kommt. Warum hat man nicht schon damals bei der Sanierung die Gebäudeversicherung kontaktiert, damit sie ihre Direktiven hätten herausgeben können.
- 2.2 Drazenka Dragila-Salis findet, dass die Frage resp. die Kritik berechtigt ist. Die Architekten sind oft überrascht über die Feuerschutzmassnahmen. Es gab auf den 01.01.2016 auch gesetzliche Änderungen. Tatsächlich sind diese Massnahmen neu. Sie wären auch gekommen, wenn man es im Vorfeld im Detail mit der Gebäudeversicherung angeschaut hätte.
- 2.3 Gemeinderat Alexander Kaufmann bemerkt, dass es zwei Situationen gibt: Bei einem Baugesuch geht es automatisch zur Gebäudeversicherung und dann kommen die Auflagen schriftlich. Ohne Baugesuch muss man eine Bauversicherung anmelden und dann kommen die schriftlichen Auflagen meistens zu einem späteren Zeitpunkt. Der beste Weg ist, wenn man als Architekt im Vorfeld bei der Gebäudeversicherung vorbeigeht und sich erkundigt, ob man das in diesem Sinne machen kann. Später kommt es irgendeinmal schriftlich.
- 2.4 Gemeinderat Richard Aschberger hat sich zu Ziff. 3 der Vorlage die Frage gestellt, ob es möglich ist, dass man so weit unter dem Kredit ist, der an der Urne zur Abstimmung gekommen ist. Er wundert sich schon, dass noch Geld herumliegt, das man jetzt für etwas anderes verwenden kann.

- 2.5 Gemäss François Scheidegger ist das tatsächlich so. Es ist sehr erfreulich, wenn ein Kredit nicht ausgeschöpft wird. Geld liegt natürlich keines herum.
- 2.6 Gesamtschulleiter Hubert Bläsi erklärt, dass das Schulhaus IV höchst marginal umgebaut wurde. In den Bereichen, in denen jetzt Massnahmen nötig wären, wurde gar nichts umgebaut. Das könnte darauf hinweisen, dass man es deshalb nicht angeschaut hat. Man hat nur im Untergeschoss bei den Werkstätten eine Änderung vorgenommen und dort gab es keine Beanstandung. Man hat es also schon geschaut, aber dort wurde halt nicht umgebaut.

Eintreten wird beschlossen.

### 3 Detailberatung

- 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

### 4 Beschluss

- 4.1 Von den Ausführungen wird Kenntnis genommen.
- 4.2 Die Projektergänzung, das Projekt und der Kostenvoranschlag werden genehmigt.
- 4.3 Die Kreditverwendung von Fr. 112'000.00, zu Lasten der Investitionsrechnung 2018, 2170.5040.01, Sek 1-Reform, wird bewilligt.

**Vollzug:** BD, FV

BAPLUK  
BD  
GLSG  
FV  
AIS

2.5.0 / acs

## Überparteiliche Motion (CVP, FDP, SVP): Glassammlung: Beschluss über Erheblicherklärung

Vorlage: KZL/09.03.2018

### 1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Wie Stadtpräsident François Scheidegger ausführt, wurde die Motion von der Baudirektion schriftlich beantwortet.

### 2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

### 3 Detailberatung

- 3.1 Grundsätzlich geht es Gemeinderat Matthias Meier-Moreno darum, dass in Sachen Glassammlung etwas vorwärts geht und dieses Thema nicht auf die lange Bank geschoben wird oder gar in Vergessenheit gerät. Es muss eine Lösung ausgearbeitet werden, welche den verschiedenen Bedürfnissen wie z.B. Finanzen, Gesundheitsförderung der Werkhofmitarbeiter, Rückgabemöglichkeiten bei den Grossverteilern oder der Ökologie Rechnung trägt. Die überparteiliche Motion hat zum Ziel, nicht noch mehr unnötiges Glas zu verschlagen, sondern die Glassammlung aus der Sackgasse hinaus zu einer definitiven und umsetzbaren Endlösung zu führen.

- 3.2 Gemeinderat Robert Gerber erklärt, dass er als politischer Neuling das Gefühl nicht los wird, dass in Grenchen seit einem Jahr praktisch nur noch ein Thema die Politik beherrscht: Das Altglas oder anders gesagt: Die leeren Flaschen. Es ist fraglich, ob es gerade diese Thematik ist, die in Zeiten,

- wo in der Stadtkasse nachhaltig Ebbe und andere Engpässe herrschen,
- wo sich mit der sogenannten Steuervorlage 17 beträchtliche neue Steuerertragsverluste ankündigen,
- wo zahlreiche strukturelle Probleme in dieser Stadt auf möglichst rasche Lösungen warten,
- wo alte und neue infrastrukturelle Herausforderungen darauf warten, angepackt zu werden,
- wo Bildungs- und Sozialkosten weiter explodieren und kein Ende in Sicht ist, soviel Gewicht bekommt.

Zur Motion: Es ist wichtig, dass auch auf dem Sektor Altglas und andere Abfälle weiterhin etwas geht und es nicht zu einer Art Stillstand kommt. Der Umstand, dass mit der vor einem Jahr vorgeschlagenen Lösung, dem Einrichten von dezentralen Sammelstellen, bereits in den ersten Jahren CHF 33'000.00 jährlich eingespart werden könnten und nachher um die CHF 80'000.00, sagt eigentlich schon fast alles. Wer eins und eins zusammenzählen kann, sagt dazu ja. Es würde der Stadt Grenchen gut anstehen, wenn auch sie Sammelstellen hätte, wo jedermann und jede Frau ihr Altglas, ihr leeren Büchsen entsorgen könnte, ohne diese in aller Regel unappetitlichen Artikel in der Wohnung horten zu müssen. Die FDP-glp-Fraktion kann der Argumentation, wie sie in der Motionsantwort dargelegt ist, folgen und ist für Erheblicherklärung dieser Motion. Man sollte etwas tun. Man sollte etwas Mutiges tun und sich wichtigeren Themen und Aufgaben zuwenden! Themen, die zum Titel „Technologiestadt im Grünen“ passen

- 3.3 Gemeinderätin Angela Kummer ist der Ausfassung, dass die Vorlage einer dezentralen Glassammlung leider an der vergangenen Gemeindeversammlung nicht sattelfest präsentiert wurde. Die Baudirektion hat es leider auch verpasst, die Bevölkerung offen über die geplanten neuen Sammelstellen zu informieren. Hätte man zeitlich vorwärts gemacht und der Gemeindeversammlung die definitiven Standorte der dezentralen Glassammelstellen präsentieren können, hätte man vielleicht die Bevölkerung überzeugen können. Zu viele offene Fragen blieben aber im Raum. Für die SP-Fraktion ist die vorliegende Motion nicht nötig und daher als nicht erheblich zu erklären. Der GR-Beschluss vom 14. März 2017 hat für sie noch immer Gültigkeit. Rechtlich muss zuerst geklärt werden, inwieweit die Motion von Peter Brotschi an der Gemeindeversammlung Gültigkeit hat und die Vollzugskompetenz des Gemeinderates tangiert. Die Baudirektion soll nun die weitere Planung mit Standortvorschlägen, vor allem auch in der Nähe von Einkaufsgeschäften vorantreiben. Wie und ob parallel zu dezentralen Sammelstellen noch Sammeltouren weiter betrieben werden sollen, soll durch die Baudirektion aufgezeigt werden.
- 3.4 Gemeinderat Ivo von Büren erklärt, dass die SVP-Fraktion die Motion erheblich erklären wird.
- 3.5 Gemeinderat Peter Brotschi nimmt Bezug auf die Technologiestadt im Grünen und hat sich betreffend dem Verfahren schlaue gemacht. Er hat zwei Videos gefunden (Links: <https://vimeo.com/109131844>, <https://vimeo.com/109129654>), wo dargestellt ist, wie das heute mit der Farbsortierung läuft. Die läuft heute industriell, maschinell. Das ist im Kommen. Deshalb hat er der Geschäftsstelle VetroSwiss ein Mail geschrieben und gefragt, ob sie noch an der Abgeltung festhält, wonach man für farbsortiertes Altglas mehr Geld bekommt, als wenn es quasi in einem Topf drin ist. Es ist interessant, aber VetroSwiss ist es tatsächlich am Abklären. Er zitiert aus dem Mail der VetroSwiss wie folgt: *„Die gesammelten Feststellungen und Erkenntnisse sämtlicher Studien wird VetroSwiss im Anschluss zusammen mit dem Bundesamt für Umwelt analysieren. Darauf basierend können anschliessend die nötigen Schlüsse gezogen werden, um Aussagen zum System (Beibehaltung/Wechsel) zu machen. Anlässlich des diesjährigen VetroSwiss Forums (19.09.2018) ist geplant, über die Erkenntnisse zu informieren.“* Nach Ansicht von Peter Brotschi kann man Bauausreibungen etc. machen, aber die Gefahr ist nicht wegzudenken, dass man Überinvestitionen macht, wenn man Containerlösungen nach Farbtrennung vorsieht. Die Industrie hat Fortschritte gemacht. Das Glas wird heute bis auf 5mm grosse Glassplitter farblich korrekt sortiert.

Dass es industriell besser gemacht werden kann als von Hand, wo fehlerhaft getrennt wird, kann man am Ende des Tages abschätzen. Er unternimmt hier nichts mehr. Er wird sich enthalten und keinen Widerstand bieten. Er bittet zur Kenntnis zu nehmen, dass man im Herbst 2018 von VetroSwiss informiert wird, wie das weitergehen soll.

- 3.6 Stadtpräsident François Scheidegger dankt für die Ausführungen, möchte aber daran erinnern, was Sache ist. Die Gemeindeversammlung hat den Kredit für die dezentralen Sammelstellen genehmigt. Man hat den Auftrag, diese auszuführen. Man hat aber einen Vorstoss von Peter Brotschi in der Gemeindeversammlung, der verlangt, dass man trotzdem noch die Sammeltouren beibehält. Das ist der Punkt. Der GV-Vorstoss wird an der nächsten GR-Sitzung behandelt, d.h. man wird sich dort wieder mit der Glassammlung befassen können. Eigentlich hätte man alle drei Geschäfte zusammen bringen wollen. Das ging aber nicht, da die Baudirektion dran ist, noch zusätzliche Zahlen zu erheben. Es schadet aber nichts, wenn heute nur die zwei GR-Vorstösse behandelt werden.

Es ergeht mit 10 : 5 Stimmen folgender

4 Beschluss

- 4.1 Die Motion wird erheblich erklärt.

**Vollzug:** BD

BD  
FV

7.2 / acs

## **Motion Matthias Meier-Moreno (CVP): Sofortmassnahmen Glassammlung: Beschluss über Erheblicherklärung**

Vorlage: KZL/09.03.2018

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Wie Stadtpräsident François Scheidegger ausführt, wurde die Motion von der Baudirektion schriftlich beantwortet.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno bemerkt, dass diese Motion als Sofortmassnahme gedacht wäre, welche relativ einfach und schnell umzusetzen wäre. Wo ein Wille ist, ist auch ein Container. Wenn jedoch kein Wille vorhanden ist, so wie dies in der Beantwortung seiner Motion daherkommt, braucht es auch keine Container!

3.2 Die SP-Fraktion, so Gemeinderätin Angela Kummer, lehnt die Motion ab. Eine Containerpflicht für jeden Haushalt und jedes Gebäude ist nicht zumutbar und gibt unter anderem ein schlechtes ästhetisches Bild ab. Die Motion ist ihrer Meinung nach ein Schnellschuss, überhastet und der Sache nicht dienlich.

Es ergeht mit 13 : 1 Stimmen, 1 Enthaltung, folgender

4 Beschluss

4.1 Die Motion wird nicht erheblich erklärt.

**Vollzug:** BD

BD  
FV

7.2 / acs

## **Interpellation Alexander Kaufmann (SP): Ersatz Kinderskilift Grenchenberg: Beantwortung**

1. Mit Datum vom 27. Februar 2018 reichte Alexander Kaufmann (SP) folgende Interpellation ein:

1.1 Interpellationstext:

*Bekanntlich ist der jetzige Kinderskilift nur noch diese Saison 2017/2018 in Betrieb. Es ist geplant, nach der aktuellen Skisaison die Anlage rückzubauen und zu entsorgen.*

*Auch wenn an den diesjährigen Sportwochen und während der Saison die Skilifte nicht zu stark ausgelastet waren, ist doch unser kleines, aber feines und beliebtes Skigebiet ein grosser Gewinn für unser Naherholungsgebiet. Mit einer Meereshöhe von 1'350 m ü. M. gehört unser Skigebiet zu den schneesichersten auf der 1. Jurakette.*

*Unzählige Kinder haben an den beiden Skiliften das Skifahren erlernt. Vor allem der Kinderskilift ist bei den Kleinsten sehr beliebt. Eine Ersatzanlage für den abgeschriebenen Kinderlift drängt sich auf.*

*Aus diesem Grund bitten wir die Stadtverwaltung um Beantwortung folgender Fragen:*

- *Ist eine Ersatzanlage für den Ende dieser Saison ausser Betrieb genommenen Kinderlift geplant?*
- *Wenn ja, besteht die Möglichkeit, den neuen Lift an einer topographisch optimierten Lage zu erstellen?*
- *Wenn ja, z.B. entlang der Waldkrete Richtung Antenne und Bergstation grosser Skilift. Somit wäre eine Verbindung beider Lifte gewährleistet.*
- *Inwieweit könnte die SWG im Zusammenhang mit der geplanten Windparkanlage, für den neuen Kinderlift finanziell eingespannt werden (z. B. Sponsoring etc.)?*
- *Auf welche Skisaison könnte der neue Kinderlift definitiv in Betrieb genommen werden?*

## 2 Beantwortung

- 2.1 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde die Interpellation von der Stadtkanzlei beantwortet. Die Interpellationsantwort wurde mit den Unterlagen zum heutigen Gemeinderat versandt und wird nicht mehr verlesen. Der Interpellant kann sich mit kurzer Begründung von der Antwort befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt erklären (§ 35 Abs. 3 GO). Eine Diskussion findet nur auf Antrag und nach Beschluss der Mehrheit der Stimmenden statt (§ 35 Abs. 4 GO).

## 3. Begründung

- 3.1 Gemeinderat Alexander Kaufmann erklärt sich von der Antwort teilweise befriedigt. Es ist ein wenig schnippisch und einfach gehalten. Er hätte sich gewünscht, dass man etwas ausführlicher geworden wäre, weil es für ihn persönlich ein Anliegen ist. Die Öffentlichkeit darf auch wissen, wie es dort oben weitergeht. Er stellt Antrag auf Diskussion. Er möchte wissen, wie der Gemeinderat über das Skigebiet denkt. Es geht um ein Statement des Gemeinderates, mit dem er zum Ausdruck bringt, dass er zum Skigebiet steht und auch bereit ist, zu investieren.

*Der Antrag wird mit 8 : 7 Stimmen gutgeheissen.*

## 4. Diskussion

- 4.1 Alexander Kaufmann hat die Interpellation eingereicht, weil er das Gefühl hat, dass das Skigebiet zu Grenchen gehört. Man muss es pflegen, es ist ein Juwel. Wenn man das aufgibt, hat man wieder etwas weniger in Grenchen, das etwas Spezielles ist. Klar gibt es andere Gebiete, andere Gemeinden, die auch Skigebiete haben, aber nicht am Jurasüdfuss. Man hat ein Skigebiet, das mit 1'300 m. ü. M. ziemlich hoch oben ist, so dass man die Anlage relativ lang betreiben kann. Auch wenn es jetzt diesen Winter nicht so viele Leute hatte, hat das Skigebiet für ihn immer noch eine Berechtigung. Weil der Kinderskilift abgesprochen ist, findet er es wichtig, dass die Anlage so ersetzt wird, dass man das Skigebiet zusammenhängend gestalten kann, d.h. dass man einen Kinderskilift bekommt, mit dem man bis zum grossen Skilift gelangen kann. Das ist alles möglich. Die Skilift AG hat sich bereits Gedanken gemacht und Offerten eingeholt für Anlagen, die man kaufen könnte. Es wäre schön, wenn man als Gemeinderat sagen könnte, dass man dahinter steht.
- 4.2 Gemeinderätin Nicole Hirt steht voll und ganz hinter dem Votum von Alexander Kaufmann. Das Skigebiet ist einmalig. Es ist ein sensationeller Hang, um Skifahren zu lernen. Man muss das pflegen. Man kann sogar über eine Loipe diskutieren. Die Schneeverhältnisse sind für alle Skigebiete ein Problem. Nichtsdestotrotz findet sie, dass man alles unternehmen sollte, um das zu erhalten. Es kann nicht sein, dass ein Skiclub Selzach dort oben ein Volksskirennen durchführt und dann genau fünf Personen aus Grenchen an diesem Skirennen teilnehmen. Es müsste mehr möglich sein, man müsste mehr Anstrengungen unternehmen, um den Skilift und das Gebiet dort oben besser zu vermarkten und besser an die Frau oder den Mann zu bringen. Zum Beispiel mit einem Kinderskilift, der gratis ist und zum grossen Skilift führt, weil man darauf hofft, dass die Leute mit ihren Familien eines Tages an den grossen Skilift fahren gehen, wenn die Kinder einmal Fortschritte gemacht haben.

- 4.3 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno unterstützt den Interpellanten ebenfalls. Es ist ein kleines Skigebiet. Das ist etwas, was andere nicht haben und zu dem man Sorge tragen sollte. Das ist etwas, das im Budget einer Familien Platz hat. Es kann sich nicht jeder Skifahren im Berner Oberland leisten und über CHF 50.00 für einen Tagespass ausgeben. Deshalb möchte die CVP das unterstützen und hofft, dass es bleibt, wie es ist, resp. erneuert wird. Es muss ja nicht das Topmodernste sein, sondern angepasst an die Möglichkeiten, die man hat. Es ist auch ein Tourismusfaktor, den man erhalten sollte.
- 4.4 Stadtpräsident François Scheidegger ist ebenfalls der Ansicht dass man das Skigebiet besser vermarkten und sich überlegen sollte, was man machen kann, z.B. mit einer Tageskarte zu einem günstigen Preis, wo die Verpflegung inbegriffen ist - er glaubt, dass das früher sogar einmal so war. Man sollte auch prüfen, ob man mit den Schulen etwas organisieren kann etc.
- 5 Das Geschäft wird damit als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

Mike Brotschi, Verantwortlicher Sport  
BD  
SWG

3.4.3 / acs

## **GV-Motion Elias Meier: Statutenänderung der SWG für eine sichere, transparente und demokratische SWG: Antrag an GV**

Vorlage: KZL/16.03.2018

### 1 Erläuterungen zum Eintreten

Stadtpräsident François Scheidegger begibt sich als VR-Präsident SWG in den Ausstand. Vize-Stadtpräsident Remo Bill übernimmt den Vorsitz.

Gemeinderat Ivo von Büren begibt sich als Mitglied des Verwaltungsrates SWG ebenfalls in den Ausstand.

### 1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Stadtpräsident Remo Bill führt in das Geschäft ein.

1.2 Die Stadtschreiberin Luzia Meister fasst die Vorlage kurz zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

1.3 Per Just, Geschäftsleiter SWG, hat keine Ergänzungen.

### 2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

### 3 Detailberatung

3.1 Wie Gemeinderat Daniel Hafner ausführt, kam es in den letzten Jahren in der Wirtschaft zu Begebenheiten, welche dazu führten, dass das Vertrauen zum Teil in der Bevölkerung geschwunden ist. Für die SP stellt sich die Frage, ob man einer Institution wie der SWG, die genau vor Jahren in dieser Form konstituiert wurde mit der Idee, dass sie wirtschaftlicher und agiler funktionieren kann, wieder in antiquierter Art Ketten legen will. Voraussetzung ist Vertrauen in die Führung, das ist eine Strategie. Die Motion zielt genau darauf. Ihr Ansatz ist, der Führung und den Strategen zu misstrauen. Gerade die Energie- und Wasserbranche wird sehr genau beobachtet. Man hat einen Verwaltungsrat. Er weiss, dass Verwaltungsräte bei anderen Unternehmen ihrer Aufgabe nicht wahnsinnig gerecht wurden. Das ist so. Er findet es schon ein wenig heikel, wenn man den Vertrauensvorschuss, welcher der Verwaltungsrat SWG hat, wieder nimmt.

Daniel Hafner hat den Eindruck, dass die ganze Motion weder auf eine Vertrauensgeschichte noch auf eine finanzielle Aufwertung der SWG, sondern auf die Geschichte mit dem Windpark abzielt. Es ist aber nicht zielführend, wenn man eine Motion unterstützt, die so viele Fragen aufwirft und so viel Antiquiertes beinhaltet. Die SP wird die Motion nicht erheblich erklären. Die SWG macht einen guten Job und der Windpark ist eine Einrichtung, die innovativ ist und zur Problemlösung von künftigen Energiefragen beitragen soll.

3.2 Wenn der Gemeinderat, so Gemeinderat Matthias Meier-Moreno, die vorliegende Motion erheblich erklärt, schränkt er nicht nur den Handlungsspielraum der SWG massiv ein, sondern entzieht ihr die Möglichkeit, flexibel auf schnell wechselnde Veränderungen auf dem Markt zu reagieren, und macht sie dadurch handlungsunfähig und fügt der Stadt Grenchen im Endeffekt Schaden zu. Daher wird die CVP die Motion als nicht erheblich erklären! Übrigens hat sie das vollste Vertrauen in die politisch gewählten Verwaltungsräte, dass diese die Geschäftstätigkeit der SWG kritisch hinterfragen und dementsprechend Fragen stellen und nötigenfalls auch einschreiten - dies sollte in ihren Augen reichen.

3.3 Gemeinderat Robert Gerber dankt für die ausführliche und aufschlussreiche Vorlage. Die Stadt Grenchen ist in der glücklichen Lage, noch über einen eigenen Energieversorgungsbetrieb zu verfügen. Etwas Eigenes zu haben, bedeutet auch, eigenständig und unabhängig zu sein. Unabhängig gegenüber anderen, meistens auch unabhängig zu sein gegenüber Monopolisten und Grossisten. Das gilt im Übrigen nicht nur im Bereich Strom, Gas und Wasser. Das gilt auch in anderen Bereichen. Der Sicherheit zum Beispiel. Oder bei Teilen der Gesundheitsvorsorge. Und, und, und. Die Motion trägt den Titel: Für eine sichere, transparente und demokratische SWG! Niemand kann etwas gegen eine «sichere» SWG haben. Offen bleibt, was unter sicherer SWG verstanden wird. Ist die sichere Versorgung mit Strom, Gas und Wasser gemeint? Oder sind mit Sicherheit finanzielle Aspekte gemeint? Gehört dann zu einer sicheren SWG nicht auch der Blick in die Zukunft? Wenn die SWG in Zukunft bestehen soll, muss sie investieren können, sonst ist sie weg vom Fenster und von Sicherheit kann keine Rede mehr sein. Niemand kann etwas gegen Transparenz haben. Die Frage stellt sich höchstens, welche Transparenz da gemeint ist? Geht es auch darum zu erfahren, wer wieviel Strom, Wasser und Gas bezieht und ob er oder sie das allenfalls auch bezahlt? Hand auf Herz. Wer ist wirklich in der Lage eine Jahresrechnung und eine Bilanz zu lesen und zu deuten? Für die Rechnungslegung gibt es gewisse Standards. Die müssen erfüllt sein. Darüber wacht die Revisionsgesellschaft. So ein Energieunternehmen ist ja nicht ohne Konkurrenz. Andere, eben die Konkurrenz würden sich ins Fäustchen lachen, wenn sie da aus einer sogenannt transparenten Jahresrechnung, herauslesen könnte, was der andere Konkurrent, sprich die SWG so macht und noch machen will. Niemand kann etwas gegen Demokratie haben. Die Frage stellt sich, ist Basisdemokratie etwas, was ein Unternehmen, wie es die SWG sind, wirklich weiterbringt? Wenn von einem Sektor von Kurzlebigkeit die Rede ist, dann auf dem Energiesektor. Da sind zeitgerechte Entscheide gefragt. Entscheide, die heute und nicht in drei Wochen oder in fünf Monaten getroffen werden müssen. Das ist die Realität und da hat Wunschdenken leider keinen Platz. Es gehört zum Lieblingsrepertoire der Politik, den Finanzhaushalt einer Stadt oder Gemeinde oder in diesem Fall der SWG mit dem Familienbudget zu vergleichen. Man lässt sich da gerne vom Grundsatz leiten, nicht mehr Geld auszugeben, als man eingenommen hat. Zugegeben, bei einem Dreipersonen-Haushalt ist dies recht gut überschaubar.

Umfasst der Haushalt dann aber mehr als 17'000 Personen, sind die Ansprüche an eine gemeinsame Haushaltskassenführung doch etwas komplexer. Man hatte einmal eine SWG, damals hiess sie noch Städtische Werke Grenchen, die als Abteilung der Stadt geführt wurde. Die Zeit war damals etwas beschaulicher, als dies heute der Fall ist. Der Einkaufspreis für Strom und Gas veränderte sich vielleicht im Jahr zwei bis drei Mal. Heute kann dies täglich, wenn nicht stündlich ändern. Das Energiegeschäft ist, auch wenn noch gewisse Teile einer Art Monopol unterworfen sind, dem rauen Wind der freien Marktwirtschaft ausgesetzt. Und diese kennt kein Pardon. Wer nicht im richtigen Moment agiert, hat das Nachsehen. Und mit Moment ist nicht ein Zeitfenster von mehreren Monaten gemeint. Wer sich die Mühe genommen und die Vorlagen studiert hat, die zur Verselbstständigung der SWG führten, weiss warum dies geschah. Nicht weil die damaligen Behörden es nicht mehr wollten, sondern weil schon vor mehr als 20 Jahren die realen Marktverhältnisse dies verlangten. Schon damals herrschte Markt und die Realität sprach eine andere Sprache. Das ist heute nicht anders. Im Gegenteil, die Situation hat sich seither um ein Vielfaches verschärft. Das Energieunternehmen SWG ist nicht allein auf dieser Welt, deshalb müssen die Kompetenzen, insbesondere die finanziellen, dort bleiben, wo sie heute sind. Das hat sich in den letzten 20 Jahren bestens bewährt. Das Unternehmen hat auch einen beachtlichen Wert. Es kann nicht im Interesse der Stadt Grenchen und ihrer Bürgerinnen und Bürger sein, mit wenig erprobten Eingriffen in diesen Meccano das Unternehmen zu gefährden, sei es betrieblich oder finanziell. Zugegeben, es wäre vielleicht schön und interessant, beim einen oder anderen Entscheid mitwirken zu können. Die Versuchung könnte gross sein, gerade wenn es um das eigene Portemonnaie ginge, etwas mitmischen zu können. Ein Unternehmen von dieser Art, von dieser Grösse und von diesem Wert ist kein Experimentierkasten. Wenn die Stadt Grenchen mit der SWG in dieser Situation, d.h. in der realen Welt bestehen will, verträgt es keine neuen Hemmschuhe und keine neuen Regulatorien. Die FDP-glp-Fraktion empfiehlt die Nicht-Erheblicherklärung dieser Motion.

- 3.4 Gemeinderat Marc Willemin ergänzt, dass die SVP-Fraktion die Voten der Vorredner insgesamt unterstützen kann. Sie wird die Motion ebenfalls als nicht erheblich erklären.
- 3.5 Gemeinderat Peter Brotschi muss zugestehen dass er sich ein wenig in den Motionär einfühlen kann. Sein Unbehagen geht weiter. Es ist gegenüber der Gesamtentwicklung der Weltwirtschaft. Er hat miterlebt, als man die SWG „privatisiert“ und damit agiler gemacht hat. Man musste damals schon reagieren. Die Entwicklung ist weitergegangen. Das hat aber sein Unbehagen in den letzten 25 Jahren nicht kleiner werden lassen. Er sieht nicht unbedingt eine positive Entwicklung. Er hat damals schon zähneknirschend der Verselbstständigung der SWG an der Gemeindeversammlung zugestimmt, weil es letztlich immer ein wenig eine Entdemokratisierung und damit der direkten Einflussnahme entzogen ist. Er weiss, dass man sich der Entwicklung nicht widersetzen kann. Er findet nicht, dass die Motion direkt auf das Windkraftwerk abzielt, sondern es geht um eine andere Materie hier, nämlich das Vertrauen. Er hat Vertrauen zum Verwaltungsrat. Er möchte aber, dass der Verwaltungsrat eine ganz kritische Haltung einnimmt und immer wieder Fragen nach dem Woher und Warum stellt. Er hat in der Vergangenheit als Berichterstatter schon andere Verwaltungsräte erlebt. Der Niedergang der Swissair beispielsweise wäre nicht nötig gewesen, wenn der Verwaltungsrat die Offensivstrategie des VR-Präsidenten Hannes Goetz kritisch hinterfragt hätte.

Es gibt schon Beispiele in der Wirtschaftsgeschichte, die nicht gut herausgekommen sind. Er verlangt von den Verwaltungsräten der SWG, dass sie ganz kritisch sind.

- 3.6 Gemeinderätin Nicole Hirt möchte für den Motionär eine Lanze brechen. Sie sieht es ähnlich kritisch wie Peter Brotschi, vor allem, was die Transparenz betrifft. Transparenz ist auch ein glp-Thema (vgl. Postulat glp „Public Corporate Governance“ und Transparenzrichtlinie). Es mutet seltsam an, wenn man Einsichtsbegehren stellen muss, um Informationen zu bekommen, die man ohnehin hätte erhalten sollen. Das ist schon ein wenig speziell. Sie wünschte sich, dass das nicht der Fall sein müsste, wenn jemand genaue Zahlen haben möchte. Alle wissen, dass dies eine Motion ist, die vor die Gemeindeversammlung muss. Sie möchte an der Gemeindeversammlung vom Juni 2018 wirklich nicht in einen zweiten Hammer hineinlaufen (vgl. Geschäft „Glassammlung“). Deshalb würde sie beliebt machen, dass man mindestens Alternativen zu diesen Vorschlägen präsentiert, so dass man an der Gemeindeversammlung über Sinn oder Unsinn des Inhalts sachlich diskutieren kann. Das jetzt einfach so abzuschmettern, findet sie extrem gefährlich. Der Gemeinderat weiss, wie es an der Gemeindeversammlung läuft. Sie warnt davor, die Vorlage jetzt einfach so zu versenken.
- 3.7 Gemeinderat Reto Gasser bezieht sich auf das Votum seiner Vorrednerin, wonach es extrem gefährlich sei, wenn man die Vorlage jetzt abschmettern würde. Es ist klar, dass man an der Gemeindeversammlung immer für Stimmung sorgen kann. Das hat man schon bei anderen Themen gesehen. Man kann in Grenchen an einer Gemeindeversammlung schnell einmal eine Mehrheit herbeiführen. Er weiss nicht, wie sich das Nicole Hirt mit Alternativen vorstellt? Das impliziert eine Statutenänderung und wer ändert die Statuten? Soll es Alternativstatuten geben? Wer arbeitet sie aus? Das müsste der Verwaltungsrat SWG tun. Er sieht das nicht plastisch vor sich. Klar könnte man, wenn man die Statuten durchkämmen würde, den einen oder anderen Punkt schon anpassen. Er sieht nicht ein, weshalb man hier Alternativstatuten aufstellen müsste. Wenn man die Leute anderweitig überzeugen kann, muss man auch nicht Angst haben. Er meint damit aber nicht, dass man es völlig respektlos behandeln muss und sagen soll, dass es ohnehin abgeschmettert wird. Man muss es immer ernst nehmen, aber mit eigenen Argumenten braucht es hier nicht noch Alternativen, zumal er daran zweifelt, dass man bis zur Gemeindeversammlung im Juni 2018 Alternativen hätte. Eine wirklich fundierte Statutenänderung ist ein langer Prozess.
- 3.8 Laut Luzia Meister geht es im Moment nur darum, dass der Gemeinderat der Gemeindeversammlung den Antrag stellt, ob sie Motion erheblich oder nicht erheblich erklärt werden soll. Erst nachher, angenommen die Gemeindeversammlung erklärt die Motion erheblich, würde es darum gehen, die Sache vertieft zu prüfen. Das würde aber noch nicht heissen, dass jeder Paragraf, so wie er hier als Entwurf formuliert ist, auch in sich schlüssig wäre und kommen würde. Dann würde man eine ausführliche GR-Vorlage erarbeiten und sich überlegen müssen, ob es allenfalls andere Formulierungen gäbe, die juristisch korrekt wären. Das Geschäft käme auf jeden Fall wieder in den Gemeinderat.
- 3.9 Wenn man, so Gemeinderat Konrad Schleiss, zu so etwas ja sagen würde, würde man eine Perle versenken. Wenn man als Stadt vorwärts kommen will, ist das kontraproduktiv. Eine SWG, die nicht mehr unternehmerisch handeln darf, ist eine Selbstkasteiung. Hier würde man quasi einer Milchkuh das Milchgeben verbieten. Das macht für ihn keinen Sinn. Dem Motionär möchte er Folgendes auf den Weg mitgeben: Er hätte sich letztes Jahr für den Gemeinderat bewerben sollen.

Dann könnte er jetzt hier mitreden und man könnte miteinander nach Lösungen suchen. Das wäre für ihn das demokratische Vorgehen und nach erfolgter Diskussion entscheidet der Gemeinderat. Konrad Schleiss hat nicht so Angst wegen der Gemeindeversammlung. Aber man muss sich klar positionieren und kommunizieren, dass die Stadt hinter der SWG steht. Die SWG ist eine Milchkuh der Stadt, unternehmerisch handelnd und durch die Politik geführt. Vielleicht gäbe es da und dort schon noch Feinjustierungen zu machen. Aber das Ganze in dem Sinne zu riskieren - nein danke!

- 3.10 Daniel Hafner versteht die Diskussion im Grundsatz nicht. Es wird immer so in den Raum gestellt, als ob die SWG eine diffuse Organisation wäre, welche in irgendwelche mafiösen Machenschaften verwickelt wäre. Er findet es gut und wichtig, dass der Bürger das Recht hat, eine Motion einzugeben, und man darüber diskutieren kann. Das ist das, was man jetzt macht. Es ist richtig, dass man in jeder Unternehmung kritisch hinschauen soll. Anhand des Beispiels der Postauto AG sieht man, wohin eine naive Haltung führen kann. Er geht schon davon aus, dass der Stadtpräsident und die vom Gemeinderat gewählten Vertreter im SWG kritisch nachfragen können. Solange keine Anhaltspunkte für irgendwelche undurchsichtigen Strategien vorhanden sind, fragt er sich, warum man die ganze Zeit in den Raum stellt, dass die Firma irgendetwas zu verbergen hätte. Er begreift das nicht. Er hat auch den Eindruck - das Thema Milchkuh ist gefallen - dass es der Firma gut geht. Das hat auch einen Grund und die Stadt profitiert letztlich davon. Wenn dort irgendwelche Machenschaften im Gange sind, die Fragen aufwerfen, hat man die Mitglieder des Verwaltungsrates, die dort direkt Fragen stellen können. Der Geschäftsleiter der SWG ist heute anwesend, man soll ihn fragen, direkt auf den Punkt kommen und nicht mit Radikalmaßnahmen operieren - die Motion bedingt eine Radikalmaßnahme - und eine ganze Institution in Fragen stellen. Wenn es zu einer Diskussion im Gemeinderat oder in der Gemeindeversammlung kommt, ist es wichtig, dass man sich einig ist und sagt, dass man hinter der SWG steht. Wenn es ein Problem bei den SWG gibt, soll man es auf den Punkt bringen, aber sicher keine Radikalmaßnahme anstreben. Das wäre fatal.

Es ergeht mit 11 : 1 Stimmen, bei 1 Enthaltung, folgender

#### 4 Beschluss

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung:

- 4.1 Die Motion wird nicht erheblich erklärt.

**Vollzug:** RD, SWG

RD  
SWG  
Stadtschreiberin

8.7.0.0 / acs

## Repla GB: Meinungsbildung für Delegiertenversammlung vom 26.04.2018 (Auflösungs- traktandum)

Vorlage: KZL/21.03.2018

### 1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Stadtpräsident François Scheidegger verweist auf die Vorlage und gibt ergänzende Erläuterungen.

### 2 Eintreten

2.1 Als Gemeinderat Konrad Schleiss vor acht Jahren Präsident der Repla GB wurde, waren im Bernischen die Regionalkonferenzen geplant. Die Regionalkonferenzen sind jetzt nicht gegründet worden, aber damals war schon klar, dass, wenn diese kommen werden, die Repla GB kein regionalplanerisches Tätigkeitsfeld mehr in den Berner Gemeinden hätte. Dort wird jetzt schon über das weitere Vorgehen diskutiert. Er geht davon aus, dass dies nicht mehr entsprechend so weitergehen wird. Zum Zeitpunkt des aktuellen Auflösungsantrags ist Folgendes zu sagen: Man hat das Gefühl, dass die Repla GB mit dem Zukunftsbild, Aggloprogramm usw. eine Kernaufgabe gefunden hat. Sie bearbeitet das Thema, es ist ein sehr schönes Dossier und es wurden bereits zwei Workshops durchgeführt. In zwei Wochen findet der dritte Workshop statt. Dann schliesst man das Thema ab und möchte im Aggloprogramm einen Schritt weitergehen. In diese Phase hinein kommt jetzt der Antrag von Lengnau. Man hat einen Wiedererwägungsantrag gestellt und ist gegenüber den Berner Gemeinden unterlegen. Bei dieser Ausgangslage kommt die Auflösung wahrscheinlich so zustande. Er ist aber überzeugt, dass, wenn Grenchen gegen eine Auflösung ist, dies ein Signal an die Berner Gemeinden ist, dass man noch ein wenig weitermachen will. Betreffend Mittelverwendung ist seine Hoffnung, dass man die Mittel, die noch vorhanden sind, in einen zu gründenden Aggloverein als Trägerschaft für das Aggloprogramm überführen könnte.

2.2 François Scheidegger stellt klar, dass man noch nicht im Aggloprogramm ist. Man ist jetzt in einer Vorstufe, im Zukunftsbild. Es ist geplant, mit dem Geschäft in den Juni-Gemeinderat zu kommen. Bis jetzt ist man immer noch auf Kurs. Erst dann wird entschieden, ob man weiter in ein Aggloprogramm geht. Dort braucht es eine Trägerschaft. Es ist aber nicht zwingend, dass es die Repla GB macht. Das Projekt wäre ohne Repla GB also nicht gefährdet. Er bedauert, dass ausgerechnet jetzt, wo man solche Pläne hat, die Repla GB aufgelöst werden soll. Er versteht auch nicht recht, weshalb gerade der Gemeinderat Lengnau so etwas beschliesst.

- 2.3 Gemeinderat Peter Brotschi dankt dem Vorstand und der Geschäftsführung der Repla GB für ihre Arbeit. 1393 ist es zur heutigen Grenzziehung zwischen den Städten Bern und Solothurn gekommen. 625 Jahre später ist die Grenze immer noch sehr markant. Im Zeichen der Globalisierung und des Zusammenwachsens von Europa ist es, als sei zwischen Grenchen und Lengnau eine grosse Mauer und zu den Ortschaften südlich der Aare nicht ein Fluss, sondern ein Ozean. Er sieht es an den Beispielen der Schulen: Während man zwischen Grenchen und Bettlach eine gute Zusammenarbeit pflegt und sich auch zum Teil personell kennt, ist es, als sei Lengnau in einer anderen Welt. Mit der Abschaffung der Repla GB wird diese Situation nicht einfacher. Aus der Sicht der CVP-Fraktion gibt es nur Verlierer. Vor allem mittel- und langfristig sind die Auswirkungen ungewiss, zum Beispiel mit dem Aggloprogramm. Das muss unbedingt beibehalten werden. Die CVP ist gegen eine Auslösung. Sollte es zu einer Auflösung kommen, ist sie für Variante 2, dass das Vereinsvermögen an eine zu bestimmende Organisation geht, die eine ähnliche Zweckbestimmung hat.
- 2.4 Die Situation, so Gemeinderat Robert Gerber, wie sie sich heute präsentiert, ist, wenn man ehrlich ist, absehbar gewesen. Die Partner haben sich auseinandergelebt, wenn man das so salopp sagen darf. Das kann verschiedene Ursachen haben. Sind es die Partner, sprich die einzelnen Gemeindeoberhäupter, die sich auseinandergelebt haben? Sind es die unterschiedlichen Interessen, die die einzelnen Partner jetzt haben? Oder sind es tatsächlich die Kantonsgrenzen, die in den vergangenen Jahren höher und undurchlässiger geworden. Das ist es. Er ist seit 29 Jahren als Berner hier im Kanton Solothurn tätig. Ganz nah an der Kantonsgrenze. Und er kann sagen, dass diese Grenze vor 29 Jahren niedriger und durchlässiger gewesen ist, als sie es heute ist. Auf allen Gebieten. Sei es bei den Schulen, den Berufsschulen, der Polizei, der Justiz, beim Rettungsdienst, bei der Feuerwehr etc., etc. Den Nagel auf den Kopf getroffen resp. es sagt alles, wenn am Wahlabend des 25. März 2018 der neu gewählte bernische Regierungsrat Philipp Müller, notabene ein Manager von CSL-Behring, am Lokalfernsehen Telebärn sagt, es gelte alles daran zu setzen, dass die zukünftigen Angestellten der Firma CSL-Behring, die in Lengnau am Entstehen ist, im Kanton Bern Wohnsitz nehmen und ja nicht etwa im angrenzenden Kanton Solothurn. Da scheinen höhere Interessen in Spiel zu sein. Und was macht die Stadt Grenchen? Sie macht dann einen auf Jurasonnenseite. Das wird dann bei solchen Aussagen zu einem virtuellen Schattenboxen. Alle reden von Globalisierung und wenn es gut kommt, noch von einem vereinigten Europa. Lächerlich, und hier zieht man die Kantonsgrenzen hoch und höher. Zum Glück wird Philipp Müller Polizeidirektor und nicht Volkswirtschaftsdirektor. Der ist nämlich ein Berner Oberländer und das sind in der Regel ganz vernünftige Leute.
- Die FDP-glp-Fraktion findet es schade, wenn nicht sogar unvernünftig, dass die Repla GB so Knall auf Fall aufgelöst werden soll. Solche Entscheide dürfen nicht über das Knie gebrochen werden. Sie dürfen auch nicht getroffen werden, bevor eine Nachfolgeregelung in Sicht ist. Das grenzt an Fahrlässigkeit. Von Weitblick keine Spur. Im Gegenteil; kurzfristige Überlegungen stehen im Vordergrund. Er ist fast versucht zu sagen, typisch Politiker. Der Horizont beträgt höchstens vier Jahre. Manchmal sogar nur ein Jahr. Die Region Grenchen, das zeigen verschiedene Studien, hat Potential und für die nächste Zukunft noch einiges vor und das darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Das Agglo-Programm ist da nur eines von anderen möglichen Projekten. Aber eben, das ist erst viel, viel später. Mehr als vier Jahre!

Darum ist die FDP-glp-Fraktion mit den Vorschlägen, wie sie in der Vorlage präsentiert werden, einverstanden, dass die Delegierten der Stadt Grenchen instruiert werden, sich einer sofortigen, praktisch überstürzten Auflösung zu widersetzen, solange keine Auslegeordnung gemacht wurde und keine Anschlusslösung in Aussicht ist.

- 2.5 Gemeinderätin Angela Kummer wollte eigentlich wie Peter Brotschi auch eine kurze „Geschichtsstunde“ machen, aber aus Zeitgründen verzichtet sie darauf. Trotz der frühen Trennung in unterschiedliche Hoheitsgebiete, den späteren Kantonen, und trotz der Aare als „Trennlinie“ wurde immer wieder miteinander gelebt, gehandelt und gearbeitet. Die SP findet ein übergeordnetes, kantonsübergreifendes Gebilde wie die Repla GB, ein fester Zusammenschluss mit den Nachbargemeinden trotz der sich gewandelten Aufgaben immer noch sehr hilfreich und nötig, um auch die anstehenden Herausforderungen meistern zu können. Die SP-Fraktion unterstützt daher die Variante 2 gemäss Vorschlag der beiden Gemeindepräsidenten von Grenchen und Bettlach, die Auflösung der Repla GB abzulehnen. Mit der Auflösung der Repla GB würde ein wichtiges, unterstützendes Planungsinstrument für zukünftige Verkehrs- und Raumplanerische Projekte verloren gehen. Doch aber noch ein paar kritische, wenn auch eher rhetorische, Fragen: Wie kommt es dass die bernischen Repla-Gemeinden keine Zukunft mehr für die Repla GB sehen? Sind wirklich nur bernischen Regionalkonferenzen schuld, denen sie angehören? Oder hat man nicht seitens der Repla zu wenig getan oder zu langsam auf kritische Stimmen reagiert und sich für die Zukunft gewandelt und sich neue Aufgaben gesetzt? In den letzten Jahren und Monaten seien Workshops zur Neupositionierung der Repla GB erfolgt. Der Vorlage entnimmt die SP jedoch die Resultate dieser Zusammenkünfte nicht. Wurden gar keine neuen Aufgabengebiete gefunden ausser dem Zukunftsbild und dem Aggloprogramm? Wie sieht es mit Aufgaben im Bereich Verkehr und Siedlung, Gewerbe und Industrie sowie Tourismusförderung aus? Oder liegt es an der Struktur, haben die Vorstandsleute zu wenig Kompetenzen, wirkliche Entscheide fällen zu können? Dann hätte man diese Punkte doch schon lange angehen können! Diese und viele andere Fragen sind für die SP zum jetzigen Zeitpunkt nicht klar geklärt und ausdiskutiert, deshalb lehnt sie eine Auflösung der Repla GB ab. Sie will die aufgebauten Brücken über die Aare wie auch sonst zu den anderen Gemeinden nicht abreissen, sondern auf diesen Verbindungen aufbauen und gemeinsam die anstehenden Herausforderungen - allenfalls mit den nötigen Reformen - innerhalb der Repla GB meistern.

- 2.6 Gemeinderat Richard Aschberger, selbst Delegierter der Repla GB, erklärt, dass die SVP das anders sieht. Es sind diverse Fragen offen. Einige Gemeinden haben sich bereits gemeldet. Der Geschäftsführer geht in Pension. Die SVP ist der Meinung, dass die Repla GB aufzulösen ist und man eher projektbezogenen Projektgruppen, Arbeitsgruppe usw. jeweils zusammenstellen sollte. So hat man auch die Möglichkeit, je nach Bedarf spezifisch Fachleute in die Gruppen hineinnehmen zu können. Deshalb kann die SVP nicht so fahren, wie dies die Mehrheit bereits vorgeschlagen hat. Sie macht bleibt, dass man bei Ziff. 4.2 mit der Variante 1 (Auflösung per Ende 2019) und bei Ziff. 4.3 mit der Variante 1 (Verwendung Vereinsvermögen: Verteilung an Gemeinden nach Einwohnerschlüssel) fährt, damit auch wieder etwas in die Kasse der klammen Stadt Grenchen zurückfliesst.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Ziff. 4.1 wird einstimmig gutgeheissen.
- 3.2 Ziff. 4.2: *Variante 2 obsiegt gegenüber der Variante 1 mit 11 : 4 Stimmen.*
- 3.3 Ziff. 4.3: *Variante 2 obsiegt gegenüber der Variante 1 mit 11 : 4 Stimmen.*

Es ergeht folgender

4 Beschluss

- 4.1 Die Traktandenliste der GV der Repla GB wird zur Kenntnis genommen.
- 4.2 Die beiden Delegierten werden so instruiert, dass sie Variante 2: die Auflösung der Repla GB ablehnen.
- 4.3 Bei der Frage nach der Verwendung des Vereinsvermögens sollen sie für folgende Variante stimmen:  
Variante 2: (Übertragung an eine von der DV 2019 zu bestimmende Organisation mit gleicher oder ähnlicher Zweckbestimmung)

Zu eröffnen an: Grenchner Delegierte

**Vollzug:** KZL

BAPLUK  
BD

7.9.1.1 / acs

# **Stadt Grenchen**

---

*Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates*

*Sitzung Nr. 4*

*vom 03. April 2018*

*Beschluss Nr. 2360*

**VERTRAULICH / NICHT VERÖFFENTLICHEN**

# **Stadt Grenchen**

---

*Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates*

*Sitzung Nr. 4*

*vom 03. April 2018*

*Beschluss Nr. 2361*

**VERTRAULICH / NICHT VERÖFFENTLICHEN**

## **Motion Angela Kummer (SP): Informations- und Kommunikationskonzept für die Stadt: Einreichung**

1. Mit Datum vom 3. April 2018 reicht Motion Angela Kummer (SP) folgende Motion ein:

1.1. Motionstext

*Der Stadtpräsident wird beauftragt, ein Kommunikationskonzept für die Stadt Grenchen ausarbeiten zu lassen.*

### Begründung

*Eine Gemeinde hat die Einwohnerinnen und Einwohner möglichst offen, verständlich und zeitgerecht über ihre Tätigkeiten und Entscheide zu informieren. Die Kommunikations- und Informationspolitik der Stadt Grenchen lässt jedoch in vielen Bereichen zu wünschen übrig.*

*Wie für alle öffentlich-rechtlichen Körperschaften hat die Information und Kommunikation auch für die Stadt Grenchen in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Dies liegt zum einen an der Entwicklung der neuen Kommunikationsmittel, zum anderen an den gestiegenen Erwartungen der Bevölkerung. Die Behörden und die Stadtverwaltung können nicht mehr allein arbeiten. Die Einwohnerinnen und Einwohner sind kritischer geworden und erwarten von den Behörden eine möglichst hohe Transparenz. Gleichzeitig ist der mediale Druck grösser geworden, da sich Informationen schneller verbreiten.*

*Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, soll die Stadt ein Kommunikationskonzept ausarbeiten. Darin sollen die Grundsätze der Information und Kommunikation, die Zielgruppen, die verschiedenen Kommunikationswege und ihre Verwendung sowie die sich daraus ergebende Koordination festgelegt werden. Die Ziele sollen sein, eine aktive Information und Kommunikation zu schaffen, den Dialog mit der Bevölkerung zu stärken sowie das Vertrauen der Bevölkerung in die Verwaltung zu fördern.*

*Als es noch einen Kommunikationsverantwortlichen in der Abteilung „Standortmarketing, Kultur und Sport“ gab, war die Informationspolitik um einiges besser. In letzter Zeit hat sich gezeigt, dass die Abteilungsvorsteher diese Aufgaben teilweise nicht übernehmen konnten oder wollten. Die Bevölkerung versteht dies nicht. Es besteht betreffend Informationen eine Bringschuld seitens der Stadt, keine Holschuld seitens der Bevölkerung! Hier seien nur einige negative Beispiele der letzten Monate und Wochen erwähnt: Abstimmung zur Glassammlung, EffiDeVille, Einführung der neuen Parking-Pay App, neue Unterrichtszeiten in der Primarschule ab nächstem Schuljahr und diverse Strassensanierungsprojekte.*

2. Über die Erheblichkeit der Motion wird an der nächsten oder übernächsten Ratssitzung abgestimmt.

Stadtschreiberin  
Karin Heimann, Standortförderung

0.5.1 / acs

## **Kleine Anfrage Richard Aschberger (SVP): Informationsfluss Flughafenkreisel: Einreichung**

1. Mit Datum vom 3. April 2018 reicht Richard Aschberger (SVP) folgende kleine Anfrage ein:

1.1. Text der kleinen Anfrage:

*Bekanntermassen wurde vor ein paar Tagen der Flughafenkreisel aufgewertet mit einem Flugzeug von der Firma Breitling. An der letzten Gemeinderatssitzung vom 13. März 2018 habe ich gefragt, wie der Stand ist und der Stadtpräsident hat dann angeregt, dass man bspw. via Kulturkommission einen öffentlichen Wettbewerb lancieren soll zwecks Kreiselschmuck.*

*Wie man aber herausfinden konnte: Eine Baubewilligung wurde schon am 6. Dezember 2017 erteilt. Wieso hat von der Baudirektion niemand informiert, nicht einmal die anwesende Stadtbaumeisterin wusste offenbar davon (oder durfte man nicht informieren?)?*

*Dementsprechend hatten auch weder der Stadtpräsident noch anwesende BAPLUK-Mitglieder eine Ahnung davon, dass schon etwas geplant war...*

2. Die schriftliche Beantwortung der kleinen Anfrage erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

BD

0.5.1 / acs

## **Mitteilungen und Verschiedenes**

- 1 Dokumentarfilm „Die schweigende Mehrheit - Schweizer Nabelschau in Grenchen“ von Karin Bauer**
  - 1.1 Stadtpräsident François Scheidegger weist darauf hin, dass das Ausstrahlungsdatum des Dokumentarfilms der Donnerstag, 12. April 2018, 20.05 Uhr, SRF 1, ist.
  
- 2 Besuch in der Patengemeinde Unterschächen**
  - 2.1 Stadtpräsident François Scheidegger richtet dem Gemeinderat die besten Grüsse der Patengemeinde Unterschächen aus. Vize-Stadtpräsident Remo Bill und er waren zum Theaterstück „Alperose und Edelwyss“ eingeladen. Dieses Jahr findet das 50-Jahr-Jubiläum statt. Es ist eine kleine Feier geplant. Die Details sind noch nicht bekannt.
  
- 3 EffiSchulverwaltung**
  - 3.1 Gemeinderätin Nicole Hirt wurde zugetragen, dass die Assistentin Schulleitungen gekündigt hat. Es ist auch bekannt, dass die Leiterin Schulverwaltung Ende September 2018 in Pension geht und die Überprüfung der Schulverwaltung im Gange ist. Sie möchte sichergehen, dass mit den ganzen Bewegungen, die jetzt dann stattfinden werden, die Kosten für die Schulverwaltung und die Schulleitungen pro Schüler nicht ansteigen werden. Kann man ihr dies bestätigen?
  - 3.2 Stadtpräsident François Scheidegger kann gar nichts bestätigen. Es sind zwei Sachen. Ihre Aussage wird so zur Kenntnis genommen.